Hans-Peter Klausch

# Braunes Erbe – NS-Vergangenheit hessischer Landtagsabgeordneter der 1. – 11. Wahlperiode (1946 – 1987)

DIE LINKE.
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

**Impressum**
Braunes Erbe – NS-Vergangenheit
hessischer Landtagsabgeordneter der 1. – 11. Wahlperiode (1946 – 1987)

**Herausgeber**
DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1 – 3
65183 Wiesbaden
Tel.: 0611-3506090
Fax: 0611-3506091
E-Mail: die-linke@ltg.hessen.de
Internet: www.linksfraktion-hessen.de

**Autor**
Dr. Hans-Peter Klausch

**Redaktion**
Adrian Gabriel

**Bildredaktion**
Hans-Peter Klausch, Jasmin Romfeld

**Lektorat**
Ursula Stern

**Titelbild**
Ausschnitt der SS-Mannschafts-Untersuchungsliste des späteren FDP-Abgeordneten Rolf Metz ([BArch ehem. BDC]: SSO, Metz, Rolf, 17.03.1910);
SS-Dokument für Albert Derichsweiler, später FDP (BArch: SSO, Derichsweiler, Albert, 06.07.1909);
Schreiben des "Adjutanten des Führers" beim Reichsminister für Wissenschaft , Erziehung und Volksbildung für Wilhelm Ziegler (BArch: DS [ehem. BDC], Ziegler, Wilhelm, 25.11.1891)

Oldenburg/Wiesbaden, April 2011

# Inhalt

**Vorwort** 4

**Die offiziellen Landtags-Publikationen und die Herangehensweise der Studie** 5

**Allgemeine Ergebnisse: Vormalige NSDAP-Mitglieder in fast allen Fraktionen** 6

**Namentliche Aufstellung vormaliger NSDAP-Mitglieder im Hessischen Landtag nach Fraktionen** 7

Alt-Nazis in der NPD-Landtagsfraktion 7

Ein Ex-NSDAP-Mitglied auch bei den Grünen 7

Ex-NSDAP-Mitglieder in der SPD-Fraktion – indoktrinierte Jugendliche, Opportunisten und Karrieristen 7

Die Ex-NSDAP-Mitglieder der CDU-Fraktion und der Panzerschrank des „Mr. Simon“ 9

Tief im braunen Sumpf – die hessische FDP-Landtagsfraktion 12

Frühere NSDAP-Mitglieder in den Fraktionen von GB/BHE, GDP, GDP/BHE 18

Hessische Landtagsabgeordnete mit NS-Vergangenheit in herausgehobenen politischen Ämtern und Funktionen 20

**Korrekturbedarf bei offiziellen Geschichtsbildern** 22

**Informationen zum Autor** 23

# Vorwort

**Der NS-Staat und die Bundesrepublik.
Ein hessischer Beitrag zur aktuellen Debatte**

Auch 66 Jahre nach dem militärischen Sieg der Alliierten über den Faschismus in Deutschland scheint die Aufarbeitung dieser Epoche noch lange nicht abgeschlossen. Im Gegenteil belegen eine Reihe neuer wissenschaftlicher Publikationen ein bislang öffentlich unbekanntes Ausmaß personeller und organisatorischer Verbindungen des NS-Staates mit politischen Parteien, Behörden und Ministerien der frühen Bundesrepublik Deutschland.

Politisch heftig umkämpft war in den 1990er Jahren die Wanderausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“, in deren Konsequenz sich das lange gepflegte Bild einer an Kriegsverbrechen und Holocaust unbeteiligten Armee nicht länger aufrecht erhalten ließ. Seit letztem Jahr diskutiert man öffentlich die Beteiligung des Auswärtigen Amtes am Holocaust. Es offenbart sich eine schockierende Kontinuität von Karrieren hoch belasteter NS-Diplomaten zum diplomatischen Dienst der Bundesrepublik. Die bisherige Selbstbeschreibung des Auswärtigen Amtes als Hort des Widerstandes im NS-Staat ist hinfällig.

Über den Bundesnachrichtendienst war zwar schon lange bekannt, dass sich dessen Vorgänger, die „Organisation Gehlen“, in wesentlichen Teilen aus der „Abteilung Fremde Heere Ost“ der Wehrmacht und aus SS, SA, SD und GESTAPO-Personal rekrutierte. Die jüngsten Enthüllungen über den Schutz von und die direkte Zusammenarbeit mit dem gesuchten Kriegsverbrecher Klaus Barbie, auch genannt „der Schlächter von Lyon“ und die Rolle des BND im Fall Eichmann, machen die enge Verbindung des BND mit dem NS-Staat nun erneut zum Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen. Ähnliches gilt hinsichtlich der Rolle von ehemaligen SS-Angehörigen im Bundeskriminalamt (BKA).

DIE LINKE hat diesen Aufarbeitungsprozess bundesweit begleitet – mit parlamentarischen Initiativen, wissenschaftlichen Gutachten, Diskussionen und Bildungsarbeit. Unter anderem konnte in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen aufgezeigt werden, dass es eine dramatisch engere Verbindung zwischen Mitgliedern von NS-Organisationen und den politischen Parteien der Bundesrepublik gab, als offiziell bekannt. Ein Blick auf Publikationen in Hessen deutete an, dass dies auch hier gelten könnte.

Das ist umso bemerkenswerter, weil sich zunächst eine antifaschistische und sozialistische Grundhaltung nahezu aller Nachkriegsparteien in der Hessischen Verfassung niedergeschlagen hatte, diese Grundhaltung aber spätestens ab Mitte der1950er Jahre von CDU und FDP umfassend zugunsten einer rechts-konservativen bis autoritär-revanchistischen Ausrichtung aufgegeben wurde. Anstelle eines christlichen Sozialismus wurden und blieben der strikte Anti-Sozialismus eines Alfred Dregger, die Interessen der Vertriebenenverbände und die selbst für Unions-Verhältnisse weit im rechten Lager stehenden Ressentiments gegenüber Nicht-Deutschen prägend.

**Zwanzig Mal mehr NS-Mitglieder in Hessens Parteien als offiziell bekannt**

Die vorliegende wissenschaftliche Untersuchung im Auftrag der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag bietet neue Fakten und Denkanstöße zum Verständnis dieser politischen Entwicklung, ihrer Ursachen und ihrer Wirkungen. Sie zeigt auf, dass, entgegen der offiziellen Zahlen, über 20 mal mehr Mitglieder aus NS-Organisationen Zugang zu den politischen Parteien in Hessen fanden, diese ab Mitte der 1950er Jahre teilweise die Mehrheit in Landtagsfraktionen bildeten und höchste politische Ämter und Mandate besetzten. Obwohl sich im Landtag auch einige schwer belastete NS-Täter befanden, bleibt dies in offiziellen Publikationen bis heute weitgehend unerwähnt.

Die vorliegende Publikation will nicht zuvorderst parteipolitische Versäumnisse aufzeigen, sondern zur überparteilichen Aufarbeitung durch die historische Kommission des Hessischen Landtags anregen. Denn die vorliegende Untersuchung wirft nur einen Stein ins Wasser. Dass in Folge der Wellen auch NSDAP-Mitglieder und NS-Täter in der Hessischen Justiz, Verwaltung, Ämtern und Behörden oder in Kreisparlamenten in bisher ungekanntem Ausmaß auftauchen, kann zumindest vermutet werden. Es bleibt jedoch Aufgabe der Parteien, Wissenschaft und Gesellschaft, sich dieses Erbes anzunehmen und jeweils eigene Rückschlüsse daraus zu ziehen.

**Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag**

# Die offiziellen Landtags-Publikationen und die Herangehensweise der Studie

Aus Anlass des vierzigjährigen Bestehens des Hessischen Landtags gab dessen damaliger Präsident Erwin Lang (SPD, MdL 1964–1988) ein von Jochen Lengemann erstelltes Biographisches Handbuch heraus.[1] Lengemann selbst war hessischer CDU-Landtagsabgeordneter von 1970–1990 und zeitweilig selbst Landtagspräsident (1982–1983 und 1987–1988). In dem mehr als 460 Seiten starken Werk ist lediglich bei drei Landtagsabgeordneten eine frühere NSDAP-Mitgliedschaft erwähnt.

Es handelt sich dabei um Ernst Arnold (FDP), MdL 1956–1958; Gerhard Woitschell (NPD), MdL 1966–1969 und Wilhelm Ziegler (BHE – Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten, später Gesamtdeutscher Block [GB]/BHE, dann Gesamtdeutsche Partei [GP-BHE bzw. GDP/BHE]), MdL 1950–1954. In zwei weiteren Fällen ist eine Mitgliedschaft in bzw. „Anstellung" bei der Sudetendeutschen Partei (SDP) vermerkt, allerdings ohne Hinweis auf deren faschistischen Charakter. Es handelt sich dabei um Gotthart Franke (BHE, GB/BHE, GDP, GDP/BHE, FDP), MdL 1950–1970, und Anton Jatsch (BHE, GB/BHE), MdL 1950–1958.

Nach einem zwischenzeitlichen Gastspiel als Thüringer Minister für besondere Aufgaben (1990–1992) veröffentlichte Jochen Lengemann ein weiteres Werk zum Thema, einen Biographischen Index der Mitglieder der Hessischen Landtage 1808–1996.[2] Im Vorwort lobt Klaus Peter Möller, CDU-MdL und Präsident des Hessischen Landtags, das Buch als „unersetzliches Nachschlagewerk für Wissenschaft und Politik, aber auch für alle Bürgerinnen und Bürger, die Geschichte nachspüren und in diesem Band greifbare Spuren jener Menschen finden, die dem Parlamentarismus in Hessen eine konkrete Gestalt gegeben haben."[3] Wenn der Leser allerdings nach „greifbaren Spuren" sucht, die in die braune Vergangenheit führen, dann ist er mit diesem Buch noch schlechter beraten als mit dem zuerst genannten Titel. Bei keinem einzigen der Abgeordneten der Landtage von 1946 bis 1986 findet sich nunmehr ein Hinweis auf eine frühere NSDAP-Zugehörigkeit.

Um die hier zu vermutenden „weißen Flecken" in der Geschichtsschreibung des Hessischen Landtags mit Inhalt zu füllen, gab die Fraktion der LINKEN entsprechende Recherchen in den personenbezogenen NS-Akten des vormaligen Berlin Document Center (BDC) im Bundesarchiv Berlin in Auftrag.

Im Berlin Document Center hatten die US-Amerikaner personenbezogene NS-Akten unterschiedlicher Provenienz zusammengefasst, die ihnen in Deutschland in die Hände gefallen waren und die sie u.a. zum Aufspüren von NS-Tätern nutzten. Das waren im wesentlichen Personalakten der SS (Bestände „SSO" sowie „SSM") und SA (Bestand „SA"), Akten des SS-Rasse- und Siedlungshauptamtes (Bestand „RS"), das u.a. Heiratsgenehmigungen für SS-Angehörige bearbeitete, die Unterlagen der Einwandererzentralstelle des Reichssicherheitshauptamtes, welche die Ansiedlung von „volksdeutschen Umsiedlern" regelte (Bestand „EWZ"), die personenbezogene Parteikorrespondenz der NSDAP (Bestand „PK"), die Akten des Obersten Parteigerichts der NSDAP (Bestände „OPG" sowie „OPG-Richter") und schließlich die NSDAP-Mitgliederkartei (Bestände „3100" [Zentralkartei"] sowie „3200" [Gaukartei]). Hinzu kommen die Bestände „RK" (Reichskulturkammer) und „DS" (Diverses), wobei sich in der letztgenannten Sammlung beispielsweise Dokumente zu Wissenschaftlern finden.

In die Untersuchung einbezogen wurden die männlichen und weiblichen Landtagsabgeordneten sämtlicher Parteien, soweit sie bei Beendigung des Zweiten Weltkriegs das 18. Lebensjahr vollendet hatten. Letzteres war bei 333 Abgeordneten der 1.–11. Wahlperiode der Fall.

[1] *Lengemann, Jochen: Das Hessen-Parlament 1946–1986. Biographisches Handbuch des Beratenden Landesausschusses, der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen und des Hessischen Landtags 1.–11. Wahlperiode, hg. vom Präsidenten des Hessischen Landtags, Frankfurt am Main 1986.*

[2] *MdL Hessen 1808–1996. Biographischer Index, erarbeitet von Jochen Lengemann unter Mitarbeit von Andreas Mitteldorf und Roland Schmidt, hg. im Auftrag des Hessischen Landtags, Marburg 1996.*

[3] *Ebd., S. 8.*

# Allgemeine Ergebnisse: Vormalige NSDAP-Mitglieder in fast allen Fraktionen

Während im Biographischen Handbuch des Hessischen Landtags nur drei NSDAP-Mitgliedschaften erscheinen, ließ sich eine solche mit Hilfe der genannten Berliner Unterlagen in immerhin 75 Fällen nachweisen. Da die NSDAP-Mitgliederkartei nur zu etwa 80% erhalten ist,[4] wäre die tatsächliche Zahl der vormaligen NSDAP-Mitglieder unter den hessischen Landtagsabgeordneten entsprechend höher zu veranschlagen.

Auffällig ist zunächst, dass nahezu sämtliche im Hessischen Landtag nach 1945 vertretenen Parteien frühere NSDAP-Mitglieder in ihren Reihen hatten. Hinsichtlich der neofaschistischen NPD und der bekanntermaßen mit Alt-Nazis durchsetzten Parteien BHE, GB/BHE und GDP/BHE verwundert das nicht. Doch selbst bei dem einzigen Abgeordneten der Grünen, der vom Alter her noch für eine NSDAP-Mitgliedschaft in Frage kam, ließ sich eine solche feststellen. Allein eine Partei hatte in ihrer Fraktion keine früheren NSDAP-Mitglieder: die 1956 verbotene Kommunistische Partei Deutschlands (KPD).

Bevor die Einzelergebnisse zu den verschiedenen Landtagsfraktionen vorgestellt werden, ist folgendes zu betonen: Nach der Zerschlagung des deutschen Faschismus war es einhellige Meinung aller demokratischen Parteien, dass ansonsten unbelasteten früheren NSDAP-Mitgliedern eine Chance auf Mitwirkung am demokratischen Wiederaufbau gegeben werden muss. Dies galt insbesondere für junge Menschen, die sich nach jahrelanger Indoktrination in der Hitler-Jugend noch in den letzten Kriegsjahren im Alter von 17 oder 18 Jahren der Nazi-Partei angeschlossen hatten.

Vor diesem Hintergrund zielt die vorliegende Studie nicht darauf, die NSDAP-Mitgliedschaft von so bekannten Landespolitikern wie Rudi Arndt (SPD) oder Karl-Heinz Koch (CDU, Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes und des Hessischen Verdienstordens, Vater des späteren Ministerpräsidenten Roland Koch) zu „skandalisieren“. Ihre Dokumentation ist freilich geboten angesichts der nahezu vollständigen Ausblendung der Gesamtthematik in den angeführten biographischen Werken, mit der eine Beschönigung der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte einhergeht. Im Zuge einer grundlegenden Bestandsaufnahme ist zudem darauf hinzuweisen, dass nach aktuellem Forschungsstand auch die noch in den letzten Kriegsjahren erfolgten NSDAP-Beitritte sehr junger Menschen in aller Regel auf einem freiwilligen Entschluss basierten, der durch die eigenhändige Unterschrift dokumentiert wurde.[5]

Im Mittelpunkt künftiger Debatten sollten jedoch solche Fälle stehen, in denen es vormaligen NSDAP-Angehörigen, die durch zusätzliche SS-Mitgliedschaft oder Funktionen im faschistischen Staatsapparat nachhaltig belastet waren, gelungen ist, politischen Einfluss auf Landes- oder Bundesebene zu gewinnen.

---

*[4] Tatsächlich besteht die NSDAP-Mitgliederkartei im Bundesarchiv aus den Resten zweier Mitgliederkarteien des „Amtes Mitgliedschaftswesen des Reichsschatzmeisters der NSDAP“, den Karten der sogenannten „Reichs- oder Zentralkartei“ (heute: Sammlung 3100, ca. 4,3 Millionen Karteikarten) und den Karten der ehemaligen „Ortsgruppen- bzw. Gaukartei“ (heute: Sammlung 3200, ca. 6,6 Millionen Karteikarten). Beide Karteien wurden von den US-Amerikanern phonetisch-alphabetisch geordnet. Vgl. dazu Kellerhoff, Sven Felix: Die Erfindung des Karteimitglieds. Rhetorik des Herauswindens: Wie heute die NSDAP-Mitgliedschaft kleingeredet wird, in: Benz, Wolfgang (Hg.): Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt am Main 2009, S. 175. Eine zwischenzeitlich von Helmut Gewalt ins Internet gestellte Liste „Ehemalige Mitglieder der NSDAP als nachmalige hessische Landtagsabgeordnete“ stützt sich offenkundig allein auf eine Auswertung der sogenannten „Kleinen Kartei“ (Sammlung 3100) und ist daher unvollständig. Zu niedrig sind auch die für CDU und FDP genannten Zahlen in: Die Leichen im Keller von CDU und FDP, in: Gießener Echo. Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen, Nr. 1 vom Januar 2009, S. 2.*

*[5] Vgl. Nolzen, Armin: Vom „Jugendgenossen“ zum „Parteigenossen“. Die Aufnahme von Angehörigen der Hitler-Jugend in die NSDAP, in: Benz, a.a.O., S. 136 f.; Wetzel, Juliane: Die NSDAP zwischen Öffnung und Mitgliedersperre, in: Ebd., S. 76, 81, 85 f., 90.*

# Namentliche Aufstellung vormaliger NSDAP-Mitglieder im Hessischen Landtag nach Fraktionen

## Alt-Nazis in der NPD-Landtagsfraktion

Namentliche Aufstellung vormaliger NSDAP-Mitglieder der NPD-Fraktion im Hessischen Landtag:

- **Bläsing, Anneliese** (geb. 02.06.1923), MdL der NPD 1966–1970 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 8.561.454, Aufnahmedatum: 01.09.1941)
- **Stürtz, Gustav** (geb. 04.04.1915), MdL der NPD 1966–1970 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 3.185.194, Aufnahmedatum: 01.12.1934)
- **Woitschell, Gerhard** (geb. 24.03.1910), MdL der NPD 1966–1969 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 88.769, Aufnahmedatum: 01.03.1928)

In den Jahren 1966–1968 konnte die neonazistische NPD in sieben Landesparlamente einziehen. Begonnen hatte dieser vorübergehende Siegeszug im November 1966 in Hessen. Der neonazistische Charakter der NPD, die laut Potsdamer Abkommen und Grundgesetz längst verboten sein müsste, offenbart sich auch in personellen Kontinuitäten. Diese lassen sich auch am hessischen Beispiel aufzeigen. Unter den nachgewiesenen 75 früheren NSDAP-Mitgliedern des hessischen Landesparlaments ist nur eines mit einer Mitgliedsnummer unter 100.000, was zum Tragen der Bezeichnung „Alter Kämpfer" berechtigte. Es handelt sich um den Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der NPD im Hessischen Landtag, Gerhard Woitschell. Ausweislich seiner SA-Karteikarte gehörte der Träger des Goldenen Parteiabzeichens der SA seit dem 9. November 1937 als Sturmführer an.

Wenn Gerhard Stürtz am 1. Dezember 1934 trotz des damals geltenden Aufnahmestopps Mitglied der NSDAP werden konnte, dann hatte das seine Ursache wahrscheinlich darin, dass er sich schon längere Zeit in der Hitler-Jugend „bewährt" hatte.[6]

Anneliese Bläsing, die acht Tage nach ihrem 18. Geburtstag die Aufnahme in die NSDAP beantragte, zählte zu jenen vormaligen NSDAP-Mitgliedern, bei denen ein jugendliches Beitrittsalter nicht als entlastend zu werten ist, weil an nazistischen Gedankengängen auch späterhin noch festgehalten wurde. Anneliese Bläsing arbeitete von 1953 bis 1957 als Sekretärin im Deutschen Bundestag. Es wäre von Interesse zu erfahren, für welche Fraktion oder welches Gremium sie dort tätig war.

## Ein Ex-NSDAP-Mitglied auch bei den Grünen

Von den erstmals 1982 in den Hessischen Landtag gewählten Grünen kam altersmäßig allein Reinhard Brückner (geb. 10.07.1923) noch für eine NSDAP-Mitgliedschaft in Frage. Tatsächlich hatte der gebürtige Niederschlesier am 22. Juni 1941, dem Tag des Überfalls auf die Sowjetunion, seine Aufnahme in die Nazipartei beantragt. Damals war er 17 Jahre alt. Am 1. September 1941 erhielt er die Mitgliedsnummer 8.604.663.

Brückner gehörte zu jenen, die sich in jugendlicher Verblendung nach jahrelanger Indoktrination durch die HJ der Nazipartei angeschlossen hatten. Offensichtlich brachten leidvolle Kriegserfahrungen einen Gesinnungswandel mit sich.

Denn als Reinhard Brückner 1982 in den Hessischen Landtag einzog (MdL 1982-1984), vertrat seine Partei noch pazifistische Positionen. So kam es im August 1983 zu einer – wie es in einer Schrift der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung heißt – „geschmacklosen ‚Blutspritz-Aktion'" des Grünen-Abgeordneten Frank Schwalba-Hoth gegen US-General Paul S. Williams und zwar „in den Räumen des Landtags".[7]

## Ex-NSDAP-Mitglieder in der SPD-Fraktion – indoktrinierte Jugendliche, Opportunisten und Karrieristen

Von 140 überprüften hessischen Landtagsabgeordneten der SPD wurde in 15 Fällen (10,7%) eine frühere NSDAP-Zugehörigkeit festgestellt. Namentliche Aufstellung vormaliger NSDAP-Mitglieder der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag:

- **Arndt, Rudi** (geb. 01.03.1927), MdL der SPD 1956–1972 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 10.163.294, Aufnahmedatum: 20.04.1944)
- **Caspar, Helmut** (geb. 19.07.1921), MdL der SPD 1963–1987 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 7.118.443, Aufnahmedatum: 01.09.1939)
- **Conrad, Wilhelm** (geb. 21.06.1911), MdL der SPD 1958–1970 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 5.427.177, Aufnahmedatum: 01.05.1937)
- **Croll, Willi** (geb. 02.12.1924), MdL der SPD 1970–1976 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 9.235.714, Aufnahmedatum: 01.09.1942)
- **Enders, Christian** (geb. 12.04.1899), MdL der SPD 1962–1970 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 5.927.518, Aufnahmedatum: 01.05.1937)
- **Hellwig, Karl** (geb. 01.02.1924), MdL der SPD 1970–1983 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 9.670.567, Aufnahmedatum: 01.01.1944)
- **Hisserich, Karl** (geb. 30.11.1926), MdL der SPD 1970–1987 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 10.105.669, Aufnahmedatum: 20.04.1944)
- **Höhne, Eitel Oskar** (geb. 19.07.1922), MdL der SPD 1950–1970 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 8.645.229, Aufnahmedatum: 01.09.1941)
- **Köbel, Walter Klaus** (geb. 20.05.1918), MdL der SPD 1963–1965 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 3.031.238, Aufnahmedatum: 01.01.1937)
- **Milius, Erich** (geb. 27.12.1907), MdL der SPD 1962–1966 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 4.913.493, Aufnahmedatum: 01.05.1937)
- **Raute, Karl** (geb. 08.12.1910), MdL der SPD 1962–1970 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 5.576.986, Aufnahmedatum: 01.05.1937)
- **Schmidt, Horst** (geb. 05.06.1925) MdL der SPD 1970–1976 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 9.374.885, Aufnahmedatum: 20.04.1943)

*[6] Vgl. Nolzen, a.a.O., S. 125; Weigel, Björn: Die „Märzgefallenen", in: Benz, a.a.O., S. 92; Wetzel, a.a.O., S. 74.*

*[7] Heptner, Bernd: Der Hessische Landtag, in: Hessen. Eine politische Landeskunde, hg. von Bernd Heidenreich und Konrad Schacht im Auftrag der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung, Stuttgart 1993, S. 115.*

- **Schneider, Walter** (geb. 16.01.1925), MdL der SPD 1977–1978 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 9.375.036, Aufnahmedatum: 20.04.1943)
- **Tröscher, Tassilo** (geb. 25.12.1902), MdL der SPD 1958–1959, 1962, 1966–1974; 1956–1967 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 1.498.946, Aufnahmedatum: 01.03.1933)
- **Voos-Heißmann (geb. Heinen), Else** (geb. 23.08.1913), MdL der SPD 1946–1950 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 7.004.969, Aufnahmedatum: 01.09.1938)

Von den 15 SPD-Landtagsabgeordneten mit früherer NSDAP-Mitgliedschaft hatten sechs den Aufnahmeantrag im Alter von 17 Jahren gestellt (Arndt, Caspar, Croll, Hisserich, Schmidt, Schneider), zwei im Alter von 18 (Höhne, Köbel) und einer im Alter von 19 Jahren (Hellwig). Sie können wohl als jugendliche Opfer jahrelanger Indoktrination gesehen werden, aus der sie sich spätestens nach dem Krieg gelöst haben.

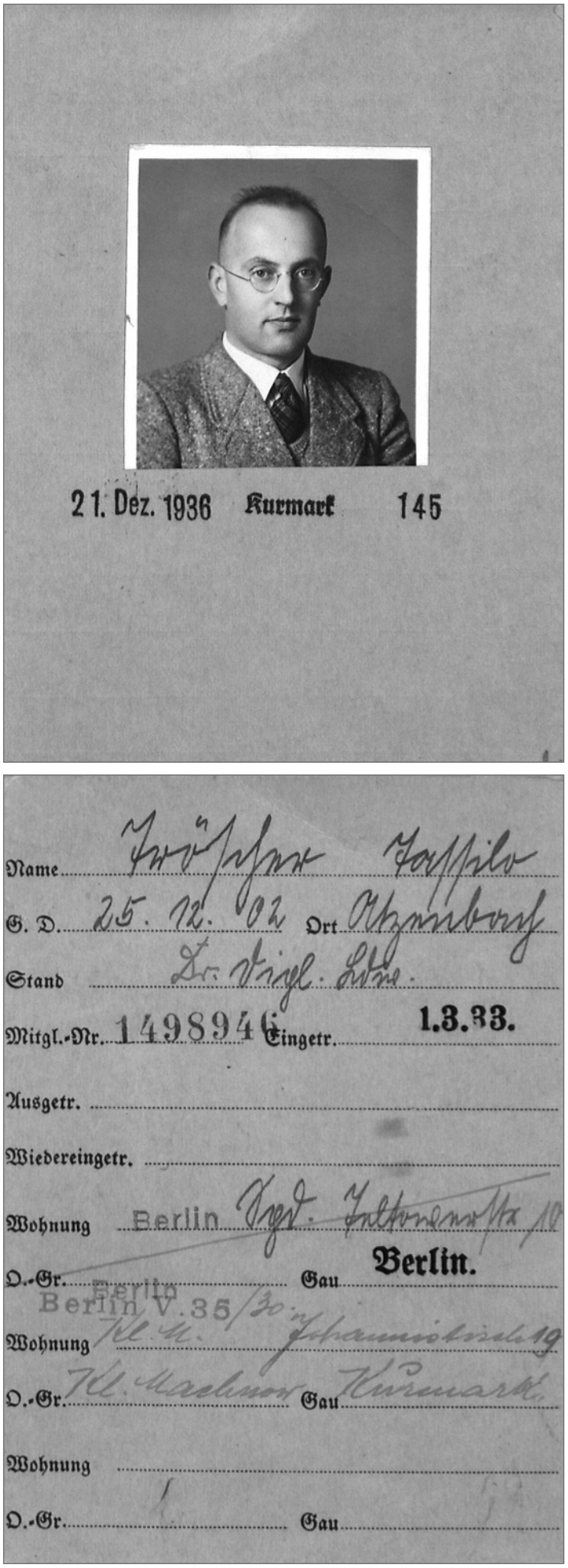
In anderen Fällen dürften Opportunismus und Karrieregründe mit ausschlaggebend für den NSDAP-Eintritt gewesen sein. So etwa bei Christian Enders, der seit „1924 Mitglied der SPD“ war und nach 1945 am „Aufbau des SPD-Kreisverbandes Untertaunus“[8] mitwirkte. Der Gemeinderevierförster wurde nach der Lockerung der ersten Aufnahmesperre zum 1. Mai 1937 NSDAP-Mitglied.[9]

Nicht zuletzt gesteigerte Umsätze könnte sich Else Voos-Heißmann (geb. Heinen) vom Beitritt zur NSDAP erhofft haben. Else Heinen hatte sich als Jugendliche in der Weimarer Republik den Naturfreunden und der SPD angeschlossen.[10] Nachdem ihr Ehemann Ernst Voos, ebenfalls von den Naturfreunden und der SPD kommend, 1935 die Firma Stahlwaren Herbst in Solingen erworben hatte, wurde die nunmehrige Geschäftsfrau zum 1. September 1938 Mitglied der NSDAP.

Als Paradebeispiel für Opportunismus und Verdrängung kann die Karriere des späteren Hessischen Landwirtschaftsministers und Trägers des Großen Bundesverdienstkreuzes mit Schulterband und Stern, Dr. Dr. h.c. Tassilo Tröscher angesehen werden. Tröscher hat unter den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten den frühesten NSDAP-Beitritt aufzuweisen, laut NSDAP-Mitgliederkartei den 1. März 1933. Im Biographischen Handbuch ist über ihn zu lesen: „Bis 1933 Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei. Seit 1947 Mitglied der SPD.“[11]

Gänzlich andere Angaben machte Tröscher am 16. April 1933 im Fragebogen der NSDAP-Ortsgruppe Spandau-Altstadt, wo er seinen Eintritt in die NSDAP auf „Januar 1933“ datierte und zur Frage „Wie sind sie zur Partei gekommen?“ erklärte: „Arbeitete schon 1923–26 in Württbg. u[nd] Baden für die Partei. Nach meiner Rückkehr aus dem Ausland 1928 nahm ich wieder Fühlung auf u[nd] bin seit Frühjahr 1932 Mitglied der Nationalsozialistischen Arbeitsgemeinschaft akademisch geb[ildeter] Landwirte.“[12] So konnte Tassilo Tröscher ungebrochen von 1928 bis 1938 als Referent im Reichskuratorium für Technik in der Landwirtschaft und von 1938 bis 1945 als Verbandsgeschäftsführer der Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie arbeiten.

Zur Illustration opportunistischen Verhaltens bei NSDAP-Beitrittsgesuchen späterer sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter




*NSDAP-Mitgliedsausweis für Tassilo Tröscher, später Landtagsabgeordneter der hessischen SPD (mit Unterbrechungen von 1958 bis 1974), Hessischer Minister für Landwirtschaft und Forsten von 1967 bis 1970 (BArch: NSDAP-Mitgliederkartei [ehem. BDC], Sammlung 3100).*

---

[8] *Lengemann: Das Hessen-Parlament ..., a.a.O., S. 238.*

[9] *Zu den damaligen Aufnahmekriterien vgl. Wetzel, a.a.O., S. 75 f.*

[10] *Vgl. die Biographie Else Voos-Heißmanns in: Langer, Ingrid (Hg.); Ley, Ulrike; Sander, Susanne: Alibi-Frauen? Hessische Politikerinnen II im 1. und 2. Hessischen Landtag 1946 bis 1954, Frankfurt am Main 1995, S. 275 f. Die NSDAP-Mitgliedschaft bleibt dort unerwähnt.*

[11] *Lengemann: Das Hessen-Parlament ..., a.a.O., S. 411.*

[12] *BArch (ehem. BDC), PK, Tröscher, Tassilo, 15.12.1902.*

in Hessen kann auch das Beispiel des Kaufmanns Ludwig Wedel, MdL der SPD 1958–1970, herangezogen werden. Wedel erscheint in den abgedruckten Listen nicht, weil sein NSDAP-Beitrittsgesuch abgelehnt wurde. Im Biographischen Handbuch heißt es zu seiner Person: „Seit 1923 Mitglied der SPD, SAJ und Gewerkschaften.“[13] Am 4. Dezember 1939, also drei Monate nach Kriegsbeginn und gut ein Jahr nach dem antijüdischen Pogrom vom November 1938, beantragte der langjährige Sozialdemokrat seine Aufnahme in die NSDAP. Diese wurde jedoch abgelehnt mit der Begründung: „Es besteht Grund zu der Annahme, dass Wedel die Mitgliedschaft in der Partei lediglich zu dem Zwecke nachsucht, sich mit ihr geschäftliche Vorteile und ein besseres wirtschaftliches Fortkommen zu verschaffen. Wedel ist daher für die Partei nicht tragbar.“[14]

## Die Ex-NSDAP-Mitglieder der CDU-Fraktion und der Panzerschrank des „Mr. Simon“

Von 97 überprüften hessischen Landtagsabgeordneten der CDU wurde in 22 Fällen (22,7%) eine frühere NSDAP-Zugehörigkeit festgestellt. Namentliche Aufstellung vormaliger NSDAP-Mitglieder der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag:

- **Bachmann, Karl** (geb. 15.10.1911), MdL der CDU 1958–1966 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 5.442.414, Aufnahmedatum: 01.05.1937)
- **Blum, Wilhelm** (geb. 04.08.1894), MdL der CDU 1954–1962 und 1965–1966 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 7.798.397, Aufnahmedatum: 01.01.1940)
- **Bruder, Fritz** (geb. 30.05.1907) MdL der CDU 1958–1966 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 4.801.160, Aufnahmedatum: 01.05.1937)
- **Dregger, Alfred** (geb. 10.12.1920), MdL der CDU 1962–1972, 1974, 1978 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 7.721.518, Aufnahmedatum: 01.09.1940)
- **Fay, Wilhelm** (geb. 01.07.1911) MdL der CDU 1953–1970 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 4.814.740, Aufnahmedatum: 01.05.1937)
- **Geipel, Horst** (geb. 08.11.1923), MdL der CDU 1974–1982 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 8.706.938, Aufnahmedatum: 01.09.1941)
- **Holtzmann, Ernst** (geb. 21.11.1902), MdL der CDU 1954–1966 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 7.655.333, Aufnahmedatum: 01.06.1940)
- **Immel, Erwin** (geb. 12.02.1927), MdL der CDU 1970–1982 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 9.699.612, Aufnahmedatum: 20.04.1944)
- **Kitz, Heinz** (geb. 18.07.1907), MdL der CDU 1949–1950 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 4.898.123, Aufnahmedatum: 01.05.1937; 1939 ausgeschlossen)
- **Koch, Karl-Heinz** (geb. 14.10.1924), MdL der CDU 1970–1987, 1987–1991 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 9.183.961, Aufnahmedatum: 01.09.1942)
- **Krause, Hermann** (geb. 13.08.1908), MdL der CDU 1954–1970 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 2.665.611, Aufnahmedatum: 01.05.1933)
- **Kühle, Wolfgang** (geb. 07.12.1920), MdL der CDU 1970–1982 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 6.948.707, Aufnahmedatum: 01.09.1938)
- **Loew, Ernst** (geb. 21.10.1911), MdL der CDU 1958–1974 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 2.402.969, Aufnahmedatum: 01.05.1933)
- **Marx, Jacob** (geb. 12.08.1926), MdL der CDU 1954–1962 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 9.930.697, Aufnahmedatum: 20.04.1944)
- **Rösch, Georg** (geb. 15.03.1913), MdL der CDU 1958–1962 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 8.391.909, Aufnahmedatum: 01.11.1931)
- **Runtsch, Wilhelm** (geb. 19.01.1921), MdL der CDU 1970–1977 (NSDAP-Mitgliedsnummer 10.057.068, Aufnahmedatum 01.04.1944)
- **Schnell, Edgar** (geb. 26.10.1896), MdL der CDU 1954–1958 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 7.304.125, Aufnahmedatum: 01.12.1939)
- **Schwab, Ludwig Franz** (geb. 05.09.1921), MdL der CDU 1970–1982 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 7.779.504, Aufnahmedatum: 01.09.1940)
- **Tilemann, Hermann** (geb. 26.08.1887), MdL der CDU 1946–1950 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 8.259.892, Aufnahmedatum: 01.01.1941; 1942 Ausschluß)
- **Winkler, Rudolf** (geb. 21.02.1920), MdL der CDU 1950–1954 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 9.635.645, Aufnahmedatum: 01.10.1940)
- **Wolf, Heinz** (geb. 03.03.1908), MdL der CDU 1962–1966 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 3.497.884, Aufnahmedatum: 1.5.1933)
- **Zink, Otto** (geb. 31.10.1925), MdL der CDU 1962–1965 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 9.376.453, Aufnahmedatum: 20.04.1943)

Gemessen an der Zahl ihrer Abgeordneten ist der Anteil der darunter befindlichen vormaligen NSDAP-Mitglieder deutlich höher als bei der SPD. Unter den Betroffenen sind wiederum etliche Angehörige der Hitler-Jugend, die im Alter von 17 Jahren die NSDAP-Beitrittserklärung unterschrieben hatten (Geipel, Immel, Koch, Kühle, Marx, Zink).

Andere wird man zur Gruppe der Opportunisten zählen können wie z.B. Wilhelm Blum, über den es im Biographischen Handbuch heißt: „Bis 1933 politisch tätig bei der Zentrumspartei. Seit 1945 Mitglied der CDU.“[15] Das „Zwischenspiel“ der Jahre 1940–1945 bei der NSDAP bleibt dort unerwähnt. Als „protestantisches Pendant“ zu Wilhelm Blum könnte man Hermann Tilemann nennen, über den Jochen Lengemann schreibt: „Seit 1919 Mitarbeit in der Deutschen Friedensgesellschaft und in der Liga für Menschenrechte. Bis 1933 politische Betätigung zunächst in der Sozialistischen Partei, dann aus religiöser Überzeugung im Christlich-Sozialen Volksdienst. Nach 1945 Mitglied der CDU“.[16] Wenn Tilemann, der am 1. Januar 1941 mit der Berufsbezeichnung „Schriftleiter“ in die NSDAP aufgenommen wurde, im August 1942 wieder ausgeschlossen wurde, könnte das mit seiner früheren Zugehörigkeit zur DFG, zur „Liga“ und zu der nicht näher spezifizierten „Sozialistischen Partei“ zu tun gehabt haben.

Das früheste Aufnahmedatum in die NSDAP wies von allen CDU-Landtagsabgeordneten Georg Rösch auf: 1. November 1931. Doch war er 1932 wieder ausgetreten, angeblich weil er „als 17jähri-

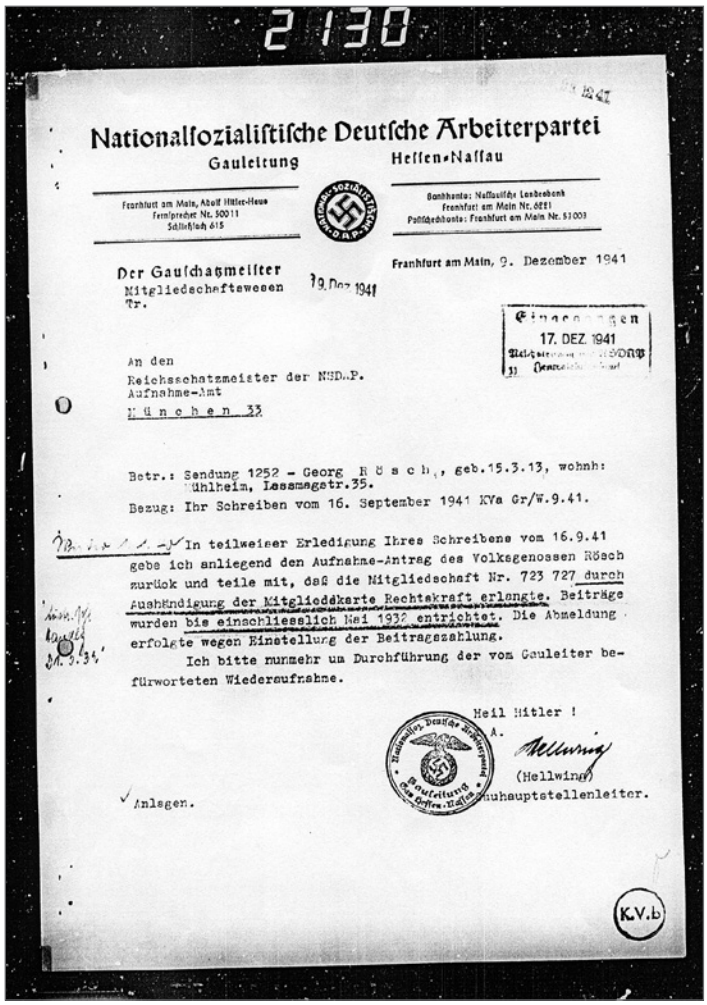
[13] *Lengemann: Das Hessen-Parlament ..., a.a.O., S. 423.*

[14] *BArch (ehem. BDC), PK, Wedel, Ludwig, 09.04.1909.*

[15] *Lengemann: Das Hessen-Parlament ..., a.a.O., S. 213.*

[16] *Ebd. S. 407.*

ger [tatsächlich: 18jährig] dem SA-Dienst wegen öfteren Kranksein nicht gewachsen“[17] war. Das jedenfalls schrieb Georg Rösch, als er einen Monat nach Auslösung des Zweiten Weltkriegs seine Wiederaufnahme in die NSDAP betrieb. Die alte Mitgliedsnummer 723.727 blieb ihm verwehrt, doch das frühe Eintrittsdatum wurde ihm weiter anerkannt und der vermerkte Austritt in „‚Austritt durch schlüssige Handlung 31.3.32‘ abgeändert.“ [18]



2130

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Gauleitung Hessen-Nassau

Frankfurt am Main, Adolf Hitler-Haus
Fernsprecher Nr. 50011
Schließfach 615

Bankkonto: Nassauische Landesbank
Frankfurt am Main Nr. 6681
Postscheckkonto: Frankfurt am Main Nr. 53003

Der Gauschatzmeister
Mitgliedschaftswesen
Tr.

19. Dez. 1941

Frankfurt am Main, 9. Dezember 1941

Eingegangen
17. DEZ. 1941

An den
Reichsschatzmeister der NSDAP.
Aufnahme-Amt
München 33

Betr.: Sendung 1252 - Georg Rösch, geb.15.3.13, wohnh: Mühlheim, Lessmagetr.35.
Bezug: Ihr Schreiben vom 16. September 1941 KVa Gr/W.9.41.

In teilweiser Erledigung Ihres Schreibens vom 16.9.41 gebe ich anliegend den Aufnahme-Antrag des Volksgenossen Rösch zurück und teile mit, daß die Mitgliedschaft Nr. 723 727 durch Aushändigung der Mitgliedskarte Rechtskraft erlangte. Beiträge wurden bis einschliesslich Mai 1937 entrichtet. Die Abmeldung erfolgte wegen Einstellung der Beitragszahlung.

Ich bitte nunmehr um Durchführung der vom Gauleiter befürworteten Wiederaufnahme.

Heil Hitler !

(Hellwing)
Gauhauptstellenleiter.

Anlagen.

K.V.b

*Nach dem siegreichen Ende des „Polen-Feldzuges“ bemühte sich Georg Rösch mit Erfolg um Wiederherstellung seiner auf den 1. November 1931 zurückgehenden NSDAP-Mitgliedschaft (BArch: PK (ehem. BDC), Rösch, Georg, 15.03.1913). Der spätere Kreisvorsitzende der CDU Gelnhausen gehörte dem Landtag von 1958 bis 1962 an.*

Dass die Übergänge zwischen mutmaßlichen Opportunisten und „verführten Jugendlichen“ auf der einen und „strammen Nazis“ auf der anderen Seite mitunter fließend waren, lässt sich an anderen Beispielen zeigen. So avancierte der im Alter von 17 Jahren in die NSDAP aufgenommene Horst Geipel noch zum SS-Untersturmführer der SS-Panzerdivision „Frundsberg“. Zwar attestierte auch die „SS- und Waffen-Junkerschule ‚Braunschweig‘“ dem SS-Standartenjunker Geipel, ein „zuweilen noch schülerhaft anmutender Mensch“ zu sein, dem es „in vielen Dingen an der Reife mangelt.“ Doch andererseits sprach aus Sicht des Kommandeurs für seine Eignung zum SS-Führer: „G. ist bestrebt, seine weltanschaulich klare und bestimmte Haltung durch entsprechende Einflußnahme auch auf andere zu übertragen. [...] Da er selbst schwungvoll und überzeugt ist, vermag er andere mitzureißen.“ [19]

Ausweislich dieses Zeugnisses und eines Lebenslaufes hatte Geipel als Angehöriger des SS-Grenadier-Ersatz-Bataillons „Ost“ (Shitomir) vom 15. März bis zum 17. Juni 1943 bereits an der „Partisanenbekämpfung im Pripjetsumpf“[20] teilgenommen. Wie es dabei zuging, lässt ein Bericht erahnen, den der in Shitomir ansässige Generalkommissar, SS-Brigadeführer Ernst Leyser, am 12. Februar 1943 über das Vorläuferunternehmen abgab: „Für den Kampf gegen die Banden habe ich [...] die Weisung erteilt, ihrem Terror äußerste Gewalt entgegenzusetzen. Diejenigen Bevölkerungsteile, die mit den Banditen gemeinsame Sache machen, müssen also auch das Schicksal der Banditen teilen. Das kann ganze Orte treffen.“ Im einzelnen führt der Bericht an, dass seit dem 1. November 1942 108 Dörfer zerstört und 2.336 Einwohner „sonderbehandelt“[21], also ermordet worden waren.

Der zum 1. Mai 1933 als Student in die NSDAP aufgenommene Ernst Loew war im April 1933 auch in die SA eingetreten. Als Loew als Oberleutnant der Wehrmacht und Kompanieführer am Zweiten Weltkrieg teilnahm, bescheinigte die SA-Standarte 63 ihrem Rottenführer: „Guter SA-Mann, steht heute noch in Verbindung mit dem Sturm.“[22]

Ebenfalls zum 1. Mai 1933 wurde Heinz Wolf „Parteigenosse“. Schon als Gerichtsreferendar beklagte er 1935, dass sich viele Richter in der „Judenfrage“ noch „von einer gewissen Humanitätsduselei leiten lassen und es noch nicht recht verstehen, der nationalsozialistischen Einstellung zur Rassenfrage bei der Urteilsfindung vollauf gerecht zu werden.“[23] Während des Krieges war Wolf dann u.a. als Ankläger beim Sondergericht Danzig tätig. Die Sondergerichte verhängten rund 11.000 Todesurteile. Sie gelten als „rechtsstaatswidrige staatliche Terrorinstrumente zur Durchsetzung der NS-Gewaltherrschaft.“[24] Nach der bedingungslosen Kapitulation trat Wolf in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen als Verteidiger des 1951 amnestierten Rüstungsindustriellen Alfried Krupp von Bohlen und Halbach auf.

Trotz der zuletzt angesprochenen Fälle ist nach bisherigem Kenntnisstand davon auszugehen, dass unter den vormaligen NSDAP-Mitgliedern der CDU-Landtagsfraktion die sogenannten „Mitläufer“ in der Mehrzahl waren. Ungeachtet dessen relativiert das Untersuchungsergebnis das Bild, das in CDU-nahen Publikationen von der Geschichte der hessischen CDU gezeichnet wird. Heinrich Rüschenschmidt schreibt in seiner von der Konrad-Adenauer-Stiftung geförderten Dissertation „Gründung und Anfänge der CDU in Hessen“: „Unzutreffend ist die oft behauptete nationalsozialistische Vergangenheit der CDU-Gründer.“[25] Und an anderer Stelle führt derselbe Autor aus:

„Der Anteil der ehemaligen NSDAP-Mitglieder lag in den hessischen CDU-Orts- und Kreisverbänden entgegen mancher später vorgebrachten Behauptungen ausgesprochen niedrig [...]. In Nordhessen, wo die NSDAP bei den Reichstagswahlen 1932 und 1933 die absolute Mehrheit der Stimmen erhalten hatte, lag der Anteil der ehemaligen NSDAP-Mitglieder etwas höher: in Waldeck z.B. bei ca. zehn Prozent. Die großhessische CDU war weder von ihrer

[17] *BArch (ehem. BDC), PK, Rösch, Georg, 15.03.1913.*

[18] *BArch (ehem. BDC), PK, Rösch, Georg, 15.03.1913.*

[19] *BArch (ehem. BDC), SSO, Geipel, Horst, 08.11.1923.*

[20] *BArch (ehem. BDC), SSO, Geipel, Horst, 08.11.1923.*

[21] *Bericht von [SS-Brigadeführer] Ernst Leyser, Generalkommissar in Shitomir, an Alfred Rosenberg vom 12. Februar 1943 über Mängel bei der Bekämpfung der Partisanen, abgedruckt in: Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938–1945), hg. von einem Kollegium unter Leitung von Wolfgang Schumann und Ludwig Nestler, Bd. 5: Die faschistische Okkupationspolitik in den zeitweilig besetzten Gebieten der Sowjetunion (1941–1944), Berlin 1991, S. 387–389.*

[22] *BArch (ehem. BDC), SA, Loew, Ernst, 21.10.1911.*

[23] *Wolf, Heinz: Die entlassene Jüdin, in: Die Lahnzeitung vom 29.07.1935 (Beilage: Das deutsche Recht), zit. n. Morlang, Adolf; Hartmann, Klaus-Peter: Boykottiert – Emigriert – Deportiert – Liquidiert. Quellen zur Geschichte der Juden im Raum Diez während des Nationalsozialismus, Diez 1999, S. 34.*

[24] *Enzyklopädie des Nationalsozialismus, hg. von Wolfgang Benz, Hermann Graml und Hermann Weiß, 2. Aufl., München 1998, S. 736.*

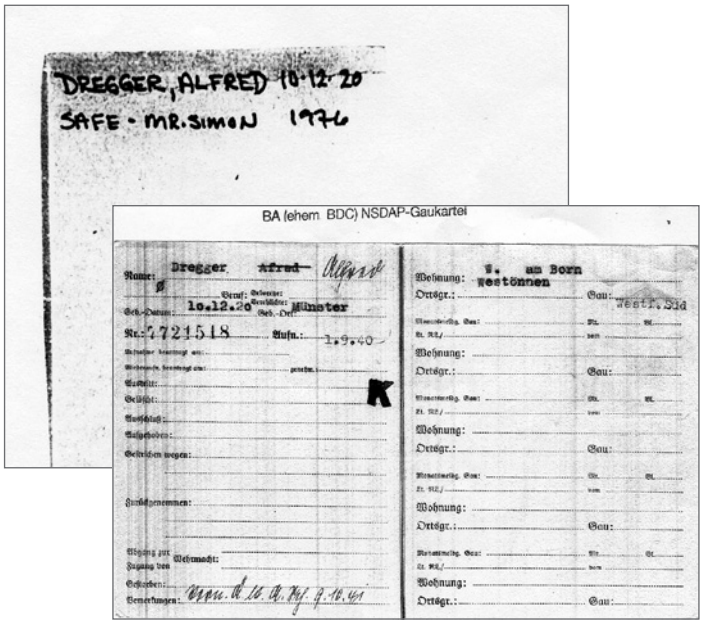
[25] *Rüschenschmidt, Heinrich: Gründung und Anfänge der CDU in Hessen (Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte 42), Darmstadt und Marburg 1981, S. 505 (siehe auch S. 199)*

Mitgliederstruktur noch von ihrer Programmatik her eine Interessenvertretung der ehemaligen PGs; diese wurden in Hessen eher von der Liberaldemokratischen Partei vertreten. Vielmehr kam ein Teil der Gründungsmitglieder der hessischen CDU aus dem Widerstand [...]."[26]

Diese Einschätzung ist für die Anfangszeit der hessischen CDU sicherlich zutreffend. So waren auch im ersten gewählten hessischen Landtag (1946–1950) nur zwei von 28 CDU-Abgeordneten nachweislich vormalige NSDAP-Mitglieder (7,1%).[27] Doch setzte dann eine Veränderung ein, die nicht nur im Sammelband „Der Weg zur stärksten Partei – 50 Jahre CDU Hessen" unberücksichtigt bleibt. In der zweiten Wahlperiode waren von den damals verbliebenen zwölf CDU-Abgeordneten noch immer nachweislich zwei vormalige NSDAP-Mitglieder (nunmehr 16,7%), in der dritten Wahlperiode (1954–1958) waren es sechs von 24 (25%) und in der vierten Wahlperiode (1958–1962) immerhin neun von 32 (28,1%). Dieser Anteil wuchs in der fünften Wahlperiode (1962–1966) noch einmal auf den Rekordwert von 35,7 % (zehn von 28 CDU-MdL) an.[28] Diese Entwicklung hatte ihre Entsprechung im Landesvorstand der christdemokratischen Partei. Stand in den Jahren 1945–1952 mit Werner Hilpert noch ein ausgewiesener Antifaschist an der Spitze der hessischen CDU, der als Lehre aus der Vergangenheit einen „Sozialismus aus christlicher Verantwortung"[29] anstrebte, so waren seine beiden Nachfolger Wilhelm Fay (Landesvorsitzender 1952–1967) und Alfred Dregger (Landesvorsitzender 1967–1982) Ex-NSDAP-Mitglieder.

In welcher Tradition sich die hessische CDU heute vorrangig sieht, wurde im August 2010 deutlich. Damals gab sie ihrer Landesgeschäftsstelle in Wiesbaden den Namen „Alfred-Dregger-Haus". Aber vielleicht hätte Werner Hilpert auch gar nicht gewollt, dass der durch Schwarzgeld aus vorgeblich „jüdischen Vermächtnissen" – so CDU-Schatzmeister Casimir Prinz zu Sayn-Wittgenstein – finanzierte Bau seinen Namen trägt. Hilpert hatte bekanntlich schon früh beklagt, dass „sich seine Partei immer mehr von den Idealen" lösen würde, „unter denen sie 1945 in Frankfurt angetreten war."[30] Im September 1951 konstatiert er, es „sei nicht zu leugnen, dass die CDU nicht mehr christlich-soziale Politik betreibe".[31]

Die Nachforschungen zu den hessischen CDU-Landtagsabgeordneten brachten schließlich noch zwei Besonderheiten zu Tage, die Erwähnung verdienen. Erläuternd ist dazu folgendes vorauszuschicken: Zur Einsichtnahme in die NSDAP-Mitgliederkartei (bzw. in die beiden Teilkarteien) werden dem Benutzer im Bundesarchiv Mikrofilme ausgehändigt. Es handelt sich dabei um Duplikate, die von US-amerikanischen Verfilmungen angefertigt wurden. Bei Durchsicht der Filmrollen stößt man bei zwei CDU-Landtagsabgeordneten anstelle von abgelichteten NSDAP-Mitgliedskarten




*Die 1976 der NSDAP-Mitgliederkartei entnommene Karte Alfred Dreggers und der Platzhalter mit Hinweis auf ihren Verbleib (BArch: NSDAP-Mitgliederkartei [ehem. BDC], Sammlung 3100).*

auf abgelichtete Zettel, die neben Namen und Geburtsdatum des Betroffenen den Vermerk enthalten: „SAFE - MR. SIMON 1976".[32]

Bei den NSDAP-Mitgliedskarten, die 1976 für mehrere Jahre im Panzerschrank von Mr. Simon verschwanden, handelte es sich um jene der hessischen CDU-Landtags- und auch Bundestagsabgeordneten Alfred Dregger und Otto Zink. Als die Dokumente den Weg aus der mehr als sechs Kilometer langen Kartei in den Tresor von Herrn Simon fanden, waren Dregger und Zink schon keine Landtagsabgeordneten mehr, wohl aber Mitglieder des Bundestages. Es war das Jahr 1976, in dem die CDU ihren Bundestagswahlkampf unter der von Dregger geprägten Losung „Freiheit statt Sozialismus" führte. In dieser politisch angespannten Situation wäre es für die CDU alles andere als hilfreich gewesen, wenn die frühere NSDAP-Mitgliedschaft zweier hoher Repräsentanten der Hessen- und Bundes-CDU bekannt geworden wäre. Das galt insbesondere für die Person von Alfred Dregger, der als Kopf der „Stahlhelm"-Fraktion der Christdemokraten bis ins hohe Alter immer wieder durch seine rechtslastigen Positionen für Aufsehen sorgte und dabei auch die Nähe zu Kreisen der extremen Rechten nicht scheute.[33]

In den 1970er Jahren war Dregger vehementer Verfechter der verfassungswidrigen Berufsverbotspraxis und Befürworter eines DKP-Verbots. Weitere „Markenzeichen" seiner Politik fasste Peter Nowak, Journalist aus Dreggers Heimatstadt Fulda, in einem Nachruf so zusammen:

„Das Ende der DDR war für den damaligen Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion [...] wie eine Zurücknahme des 8. Mai 1945, den Dregger als [Tag der] ‚Niederlage Deutschlands im Zweiten Weltkrieg' und ‚Sowjetisierung Mitteldeutschlands' bezeichnete. So war es nur konsequent, dass er gemeinsam mit bekannten Alt- und Neurechten um den 8. Mai 1995 den revanchistischen Aufruf ‚Gegen das Vergessen' mit unterzeichnete. Das war nicht sein einziger Schulterschluss mit der offen rechten Szene. So steuerte er einen Text zu einem Buch mit dem programmatischen Titel ‚Der Völkermord an den Deutschen – 50 Jahre Vertreibung' bei. Weitere Autoren dieses von der Nationalzeitung beworbenen Buches sind

*[26] Rüschenschmidt, Heinrich: Gründung und erste Jahre. Die CDU Hessen unter Werner Hilpert, in: Der Weg zur stärksten Partei 1945–1995. 50 Jahre CDU Hessen, hg. von Bernd Heidenreich und Werner Wolf, Wiesbaden 1995, S. 15.*

*[27] Die Prozentzahlen beziehen sich hier wie im folgenden auf die Zahl der errungenen Mandate. Die Gesamtzahl der Abgeordneten einer Wahlperiode kann durch Nachrücker für ausgeschiedene Parlamentarier höher gewesen sein.*

*[28] In den nachfolgenden Wahlperioden 6 (1966–1970) und 7 (1970–1974) ging der Anteil im Zuge der Verjüngung der Landtagsfraktion wieder auf 15,4 % bzw. 15,2 % zurück. Die vormaligen NSDAP-Mitglieder, die nun nicht mehr im Landtag vertreten waren, wirkten in den Folgejahren dann zumeist auf kommunaler Ebene als Bürgermeister, Landrat u.ä. weiter.*

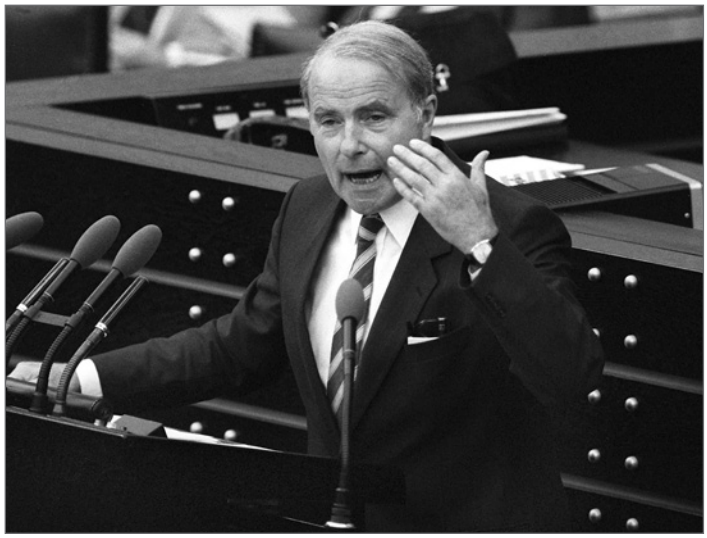
*[29] Vgl. Mühlhausen, Walter: Werner Hilpert (1897–1957), in: Heidenreich, Bernd; Mühlhausen, Walter (Hg.): Einheit und Freiheit. Hessische Persönlichkeiten und der Weg zur Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2000, S. 250; Rüschenschmidt: Gründung und erste Anfänge ..., a.a.O., S. 28 f.*

*[30] Mühlhausen, a.a.O., S. 268.*

*[31] Protokoll der CDU-Bundesvorstandssitzung vom 06.09.1951, zit. n. Adenauer: „Es muß alles neu gemacht werden." Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950–1953, bearbeitet von Günter Buchstab, 2. Aufl., Stuttgart 1986, S. 69.*

*[32] BArch (ehem. BDC), NSDAP-Zentralkartei sowie NSDAP-Gaukartei.*

*[33] Zur Bewertung Alfred Dreggers aus christdemokratischer Sicht CDU vgl. Wolf, Werner: Neubeginn und Kampf um die Mehrheit. Die CDU Hessen unter Alfred Dregger 1967–1982, in: Der Weg zur stärksten Partei ..., a.a.O., S. 59–95. Dreggers NSDAP-Mitgliedschaft bleibt dort unerwähnt.*



*Der stellvertretende CDU/CSU Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger während einer Rede im Bundestag am 16.09.1982. © dpa/picture alliance*

Jörg Haider (FPÖ), Gerhard Frey (DVU) und der ehemalige Vorsitzende der Republikaner, Franz Schönhuber.

Der Einsatz für die Freilassung deutscher Kriegsverbrecher gehörte zu Dreggers Steckenpferden. So machte er sich Ende der 1980er Jahre für die Freilassung des SS-Hauptsturmführers Ferdinand Hugo aus der Fünten stark, der für die Deportation von mehr als 100.000 Juden aus den Niederlanden verantwortlich gemacht wurde. Auch der berüchtigte SS-Sturmbannführer Franz Fischer sollte nach Meinung Dreggers auf freien Fuß gesetzt werden. Keine Frage, dass er auch zur ‚Stillen Hilfe', eine der ältesten rechtsextremen Vereinigungen, gute Kontakte hatte. Auf die deutsche Wehrmacht ließ Dregger selbstverständlich nichts kommen. Er gehörte zu den entschiedensten Gegnern der Wanderausstellung ‚Die Verbrechen der deutschen Wehrmacht 1941–1944', die er einen Angriff auf Deutschland nannte.

Seine ganze Verachtung zeigte Dregger hingegen Armen und sozial Schwachen. So war Fulda unter seiner Regentschaft [als Oberbürgermeister] eine der ersten Städte, in denen Sozialhilfeempfänger zu sogenannter gemeinnütziger Arbeit mit einem Stundenlohn von unter zwei DM herangezogen wurden. Die Illustrierte Stern deckte in den 70er Jahren auf, dass selbst der Garten von Dreggers Luxusvilla in Fulda auf diese Weise in Ordnung gehalten wurde."[34]

Folgende Fragen stellen sich: Welche Rolle spielten CDU-Führungskreise bei dem Versuch, ein Bekanntwerden der NSDAP-Mitgliedschaften von Dregger und Zink zu verhindern? Gab es ähnliche Bestrebungen hinsichtlich anderer Personen? Inwieweit wurden Führungskräfte der CDU dadurch instrumentalisierbar, etwa durch US-amerikanische Geheimdienste?

## Tief im braunen Sumpf – die hessische FDP-Landtagsfraktion

Von 59 überprüften hessischen Landtagsabgeordneten der FDP (sowie der Vorläuferorganisation LDP) wurde in 23 Fällen (38,9%) eine frühere NSDAP-Zugehörigkeit festgestellt. Namentliche Aufstellung vormaliger NSDAP-Mitglieder der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag:

- **Arnold, Ernst** (geb. 31.03.1903) MdL der FDP 1956–1958 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 4.627.211, Aufnahmedatum: 01.05.1937)
- **Derichsweiler, Albert** (geb. 06.07.1909), MdL der FDP 1955–1956, nach Parteiaustritt fraktionsloser Abgeordneter bis 1958 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 394.037, Aufnahmedatum: 01.12.1930)
- **Dockhorn, Otto** (geb. 16.01.1921), MdL der FDP 1970–1973 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 7.189.811, Aufnahmedatum: 01.09.1939)
- **Dörinkel, Wolfram** (geb. 05.09.1907), MdL der FDP 1954–1961 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 3.052.418, Aufnahmedatum: 01.05.1933)
- **Euler, Adam** (geb. 21.08.1919), MdL der FDP 1954–1958 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 8.394.036, Aufnahmedatum: 01.04.1940)
- **Franke, Gotthard** (geb. 14.08.1912), MdL von BHE, GB/BHE, GDP, GDP/BHE und FDP 1950–1970 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 6.865.974, Aufnahmedatum: 01.11.1938).
- **Germershausen, Erich** (geb. 27.03.1906), MdL von LDP und FDP 1948–1950 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 8.003.906, Aufnahmedatum: 01.04.1940)
- **Keilmann, Karl** (geb. 10.07.1900), MdL der FDP 1954–1958 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 2.230.343, Aufnahmedatum: 01.05.1933)
- **Kneipp, Otto** (geb. 11.12.1884), MdL der FDP 1954–1958 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 2.370.781, Aufnahmedatum: 01.05.1933)
- **Kohl, Heinrich** (geb. 06.10.1912), MdL der FDP 1950–1970 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 2.023.813, Aufnahmedatum: 01.05.1933)
- **Kraft, Wilhelm** (geb. 30.04.1892), MdL der FDP 1954–1958 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 8.210.543, Aufnahmedatum: 01.10.1940)
- **Metz, Rolf** (geb. 17.03.1910), MdL der FDP 1970–1974 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 770.877, Aufnahmedatum: 01.07.1931)
- **Mix, Erich** (geb. 27.06.1898), MdL der FDP 1958–1966 (zeitweilig Fraktionsvorsitzender) (NSDAP-Mitgliedsnummer: 1.334.064, Aufnahmedatum: 01.10.1932)
- **Molter, Hermann** (geb. 14.02.1914), MdL der FDP 1951–1954 und 1962-1974 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 5.693.966, Aufnahmedatum: 01.05.1937)
- **Rodemer, Heinrich** (geb. 21.01.1908), MdL der FDP 1954–1970 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 1.202.316, Aufnahmedatum: 01.08.1932)
- **Saure, Wilhelm** (geb. 25.09.1899), MdL der FDP 1950–1951 (1951 verstorben) (NSDAP-Mitgliedsnummer: 2.597.472, Aufnahmedatum: 01.05.1933)
- **Schauss, Ernst** (geb. 19.02.1906), MdL der FDP 1954–1970 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 2.369.838, Aufnahmedatum: 01.05.1933)
- **Schneider, Ludwig** (geb. 20.12.1893), MdL der FDP 1954–1966 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 3.131.855, Aufnahmedatum: 01.05.1933)
- **Schroeder, Walter** (geb. 13.07.1894), MdL der FDP 1954 und 1957–1958 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 1.811.761, Aufnahmedatum: nicht vermerkt, wahrscheinlich 01.05.1933)

*[34] Nowak, Peter: Der Stahlhelm-Fraktionär. Zum Tod von Alfred Dregger, der nicht nur für die Freilassung verurteilter Nazi-Kriegsverbrecher kämpfte, in: junge Welt vom 03.07.2002. Vgl. auch Schröm, Oliver; Röpke, Andrea: Stille Hilfe für braune Kameraden. Das geheime Netzwerk der Alt- und Neonazis, Berlin 2006, S. 77–79, 197.*

- **Seipel, Wilhelm** (geb. 23.10.1898), MdL der FDP 1951–1954 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 1.119.873, Aufnahmedatum: 01.04.1932)
- **Stein, Friedrich-Wilhelm** (geb. 13.03.1887), MdL der FDP 1950–1954 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 2.175.420, Aufnahmedatum: 01.05.1933)
- **Stein, Hermann** (geb. 18.06.1919), MdL der FDP 1962–1978, 1970–1977 Fraktionsvorsitzender (NSDAP-Mitgliedsnummer: 5.505.052, Aufnahmedatum: 01.09.1937)
- **Walter, Fritz** (geb. 30.08.1896), MdL der FDP 1954–1957, MdB 1957–1969 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 177.064, Aufnahmedatum: 01.12.1929)

Wenn sich für die hessische FDP-Fraktion noch ein NSDAP-Mitglied mehr nachweisen lässt als bei der CDU, dann ist das, gemessen an der kleineren Fraktionsstärke, ein auffallend hoher Anteil. Bezogen auf die Anzahl der errungenen FDP-Mandate ergeben sich für die verschiedenen Wahlperioden folgende Anteile ehemaliger NSDAP-Mitglieder:

| | |
|---|---|
| (1946–1950): | 1 NSDAP-Mitglied (7,1%) |
| (1950–1954): | 5 NSDAP-Mitglieder (38,5%) |
| (1954–1958): | 13 NSDAP-Mitglieder (61,9%) |
| (1958–1962): | 6 NSDAP-Mitglieder (66,6%) |
| (1962–1966): | 8 NSDAP-Mitglieder (72,7%) |
| (1966–1970): | 6 NSDAP-Mitglieder (60%) |
| (1970–1974): | 4 NSDAP-Mitglieder (36,4%) |

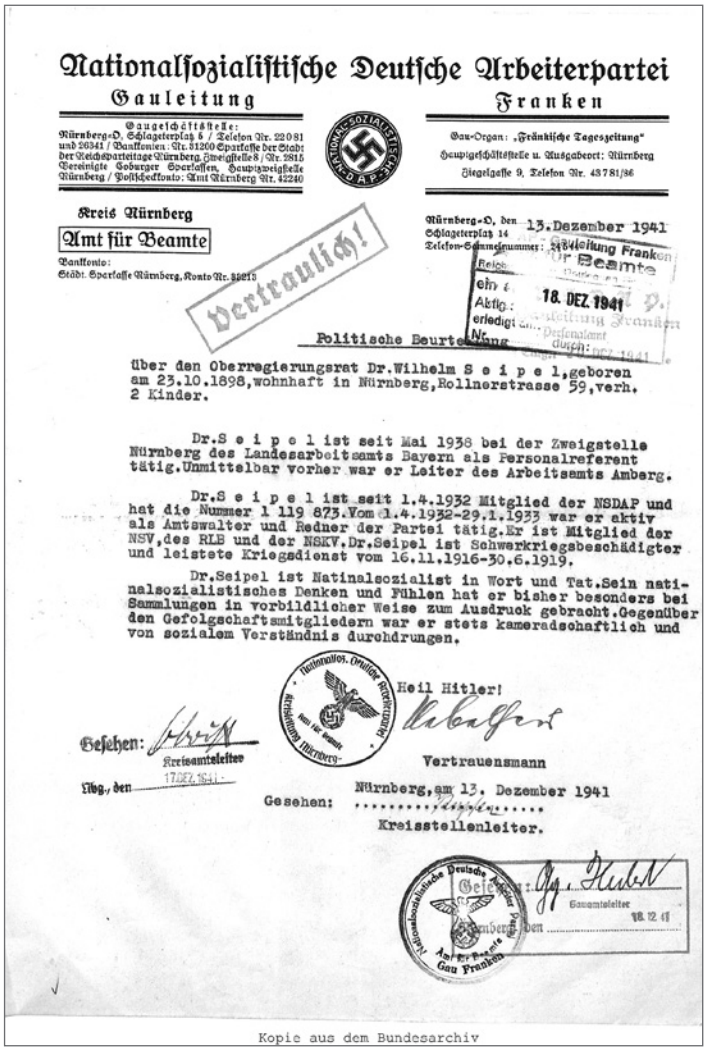
Ähnlich wie bei der CDU setzte ein steigender Anteil NS-belasteter Mandatsträger in der zweiten Wahlperiode ein. Im Zuge der Zuspitzung des Kalten Krieges entfielen bis dahin noch bestehende politische und juristisch-administrative Barrieren. Zugleich ist festzustellen, dass sich in dem genannten Personenkreis andere „Kaliber“ befinden als bei der CDU oder SPD. Darüber kann auch nicht hinwegtäuschen, dass im Biographischen Handbuch einige FDP-Abgeordnete mit der Aura eines Verfolgtenstatus umgeben werden. So heißt es dort über Ernst Arnold: „Wegen Mitgliedschaft der ‚Bekennenden Kirche‘ sieben Monate Lager.“[35] Unerwähnt bleibt, wie sich das auf die dort eingeräumte, seit 1934 bestehende SA-Zugehörigkeit und die seit dem 1. März 1937 bestehende NSDAP-Mitgliedschaft auswirkte. Skepsis scheint auch geboten, wenn bei Lengemann über Friedrich-Wilhelm Stein zu lesen ist, letzterer sei als ehrenamtlicher Bürgermeister von Stumpertenrod „1933 aus politischen Gründen entlassen“[36] worden. Sollte sich hinter einer solchen Maßnahme tatsächlich eine politische Gegnerschaft verborgen haben, stellt sich die Frage, wieso Stein dann zum 1. Mai 1933 in die NSDAP aufgenommen wurde.

Doch wenden wir uns den „Schwergewichten“ unter den Ex-NSDAP-Mitgliedern der hessischen FDP-Landtagsabgeordneten zu. Immerhin sechs Fraktionsangehörige – Derichsweiler, Metz, Mix, Rodemer, Seipel und Walter – konnten auf einen NSDAP-Parteieintritt vor dem 30. Januar 1933, dem Tage der Machtübertragung an die Hitlerfaschisten, verweisen. Damit galten sie in der NSDAP offiziell als „Alte Parteigenossen“.[37] Das hatte z.B. für Wilhelm Seipel den Vorteil, dass seine vor dem 30. Januar 1933 liegende „Parteidienstzeit“ als Propagandaredner und stellvertretender NSDAP-Ortsgruppenleiter auf das Besoldungsdienstalter als Beamter angerechnet wurde.

[35] *Lengemann: Das Hessen-Parlament ..., a.a.O., S. 200.*

[36] *Lengemann: Das Hessen-Parlament ..., a.a.O., S. 397.*

[37] *Nicht aber als „Alte Kämpfer“, wie es im „Gießener Echo“ (Nr. 1 2009) der DKP heißt.*



Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Gauleitung Franken

Gaugeschäftsstelle: Nürnberg-O, Schlageterplatz 5 / Telefon Nr. 22081 und 26341 / Bankkonten: Nr. 31200 Sparkasse der Stadt der Reichsparteitage Nürnberg, Zweigstelle 8 / Nr. 2815 Vereinigte Coburger Sparkassen, Hauptzweigstelle Nürnberg / Postscheckkonto: Amt Nürnberg Nr. 43240

Gau-Organ: „Fränkische Tageszeitung“ Hauptgeschäftsstelle u. Ausgabeort: Nürnberg Ziegelgasse 9, Telefon Nr. 43781/86

Kreis Nürnberg
Amt für Beamte
Bankkonto: Städt. Sparkasse Nürnberg, Konto Nr. 32213

Nürnberg-O, den 13. Dezember 1941
Schlageterplatz 14
Telefon-Sammelnummer: 22081

Vertraulich!

Gauleitung Franken Amt für Beamte
18. DEZ. 1941
Personalamt

Politische Beurteilung

über den Oberregierungsrat Dr.Wilhelm S e i p e l,geboren am 23.10.1898,wohnhaft in Nürnberg,Rollnerstrasse 59,verh. 2 Kinder.

Dr.S e i p e l ist seit Mai 1938 bei der Zweigstelle Nürnberg des Landesarbeitsamts Bayern als Personalreferent tätig.Unmittelbar vorher war er Leiter des Arbeitsamts Amberg.

Dr.S e i p e l ist seit 1.4.1932 Mitglied der NSDAP und hat die Nummer 1 119 873.Vom 1.4.1932-29.1.1933 war er aktiv als Amtswalter und Redner der Partei tätig.Er ist Mitglied der NSV,des RLB und der NSKV.Dr.Seipel ist Schwerkriegsbeschädigter und leistete Kriegsdienst vom 16.11.1916-30.6.1919.

Dr.Seipel ist Natinalsozialist in Wort und Tat.Sein nationalsozialistisches Denken und Fühlen hat er bisher besonders bei Sammlungen in vorbildlicher Weise zum Ausdruck gebracht.Gegenüber den Gefolgschaftsmitgliedern war er stets kameradschaftlich und von sozialem Verständnis durchdrungen.

Heil Hitler!

Gesehen: Kreisamtsleiter
Nbg., den 17.DEZ.1941

Vertrauensmann

Nürnberg,am 13. Dezember 1941

Gesehen: Kreisstellenleiter.

Gauamtsleiter 18.12.41

Kopie aus dem Bundesarchiv

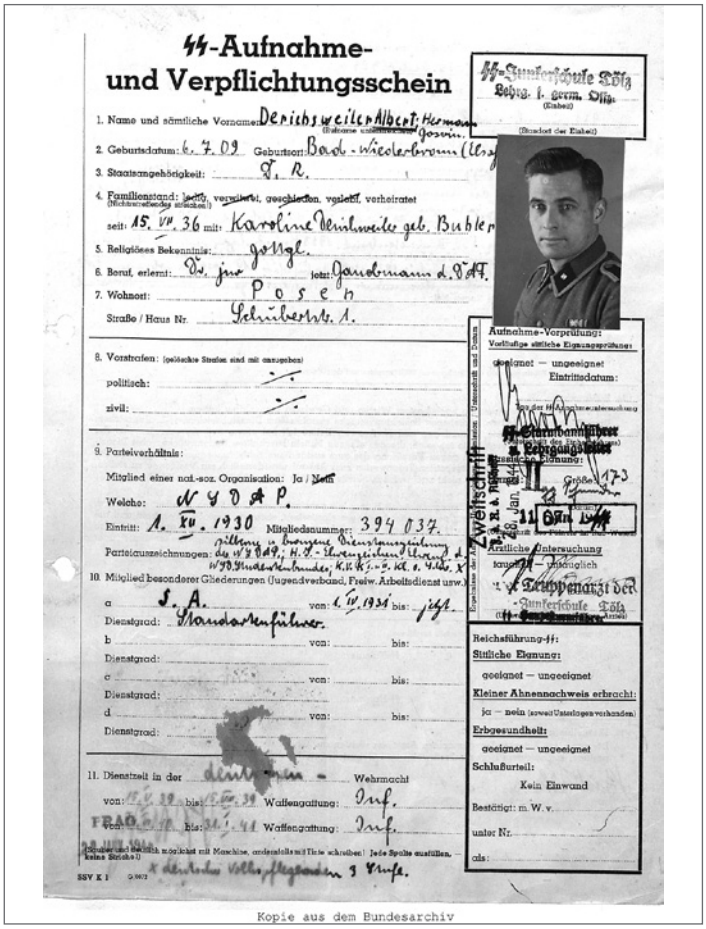
*„Nationalsozialist in Wort und Tat“ – so die Beurteilung der NSDAP-Gauleitung Franken über Wilhelm Seipel, später FDP-Kreisvorsitzender in Groß-Gerau und Mitglied des Hessischen Landtags von 1951 bis 1954 (BArch: PK [ehem. BDC], Seipel, Wilhelm, 23.10.1898).*

Vier der angeführten „Alten Parteigenossen“ waren zugleich SS-Angehörige, darunter Albert Derichsweiler. Er hatte seine NS-Karriere schon 1929 in der Hitler-Jugend begonnen. Der SA gehörte er seit April 1931 an. Im Mai 1933 trat er bei der Bücherverbrennung in Münster als Redner in Erscheinung. Von 1934 bis 1936 stand Derichsweiler an der Spitze des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes. Noch während dieser Tätigkeit wurde er zum Mitglied des Reichstages ernannt. Nach dem Wechsel in die NSDAP-Parteikanzlei (SA-Obersturmführer im Stab von Rudolf Hess) wurde er im März 1938 stellvertretender Geschäftsführer der Deutschen Arbeitsfront (DAF) in Berlin.

Über seine Tätigkeit nach Kriegsbeginn schrieb Derichsweiler, der in der NSDAP seit 1936 den Status eines Reichsredners hatte, am 27.11.1943 in seinem Lebenslauf: „Im September 1939 erhielt ich den Auftrag die Organisation der DAF im Reichsgau Wartheland und die Mobilisierung der polnischen Arbeitskräfte durchzuführen.“[38]

Mit „Mobilisierung der polnischen Arbeitskräfte“ waren einerseits Verschickungen zur [Zwangs-]Arbeit nach Deutschland oder ins „Generalgouvernement“ gemeint, wobei die freiwerdenden Wohn- und Arbeitsstätten durch neu anzusiedelnde Balten- und Wolhyniendeutschen zu besetzen waren. Gleichzeitig organisierte Derichsweiler die verschärfte Ausbeutung der im angegliederten Warthe-

[38] *BArch (ehem. BDC), SSO, Derichsweiler, Albert, 06.07.1909.*



SS-Aufnahme- und Verpflichtungsschein

1. Name und sämtliche Vornamen: Derichsweiler Albert Hermann Josef
2. Geburtsdatum: 6. 7. 09 Geburtsort: Bad-Wiedenbrück (Westf.)
3. Staatsangehörigkeit: D. R.
4. Familienstand: ledig, verlobt, geschieden, verlebt, verheiratet seit: 15. VII. 36 mit: Karoline Derichsweiler geb. Bubler
5. Religiöses Bekenntnis: gottgl.
6. Beruf, erlernt: Dr. jur. jetzt: Gauabteilungsleiter d. NSDAP.
7. Wohnort: Posen
Straße / Haus Nr. Schubertstr. 1.
8. Vorstrafen: politisch: –/– zivil: –/–
9. Parteiverhältnis:
Mitglied einer nat.-soz. Organisation: Ja / Nein
Welche: NSDAP.
Eintritt: 1. IV. 1930 Mitgliedsnummer: 394 037
10. Mitglied besonderer Gliederungen
a SA. von: 1. IV. 1934 bis: jetzt
Dienstgrad: Standartenführer
11. Dienstzeit in der Wehrmacht
von: 15. 9. 39 bis: 15. 5. 39 Waffengattung: Inf.
von: bis: 31. 1. 41 Waffengattung: Inf.
12. Lebenslauf: persönlich: Ich wurde am 6. Juli 1909 zu Bad Wiedenbrück in Westf. geboren. Von 1916 – 1921 besuchte ich in Konstanz die Volksschule. Von 1922 – 1931 ging ich mit 2 jährige Unterbrechung während des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet in Essen auf ein Realgymnasium. 1931 bestand ich am Realgymnasium Essen – Werden die Reifeprüfung. Danach besuchte ich die Universitäten Bonn, Köln und Münster. Im 15. Jahr verlebte ich und ein ganzes Jahr von drei Kindern. politisch: 1929 erfolgte Eintritt in den NSD. Schülerbund. 1930 Parteimitglied. 1931 SA. u. NSD. Studentenbund. 1933 Hochschulgruppenführer Univ. Münster, danach Kreisführer „Deutsche Studentenschaft" 1934 – 36 Führer des NSD. Studentenbundes. 1937 Parteiamtlich; 1938 stellv. Gauleiter d. NSDAP. 1939 Gauabteilungsleiter d. Gauabteilung Kommunalpolitik u. Partei d. Gauamtsleiter, Verbleib."
13. Folgende Personalpapiere liegen bei:
(Polizeiliches Führungszeugnis (Strafbuchauszug), Militärpapiere und dergleichen)
14. Erklärung:
Ich versichere, obige Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht zu haben.
Die mir übergebenen bzw. verliehenen Bekleidungsstücke einschließlich Dienstabzeichen, SS-Zivilabzeichen, Ehrendolch, Totenkopfring, Ehrendegen und SS-Ausweis liefere ich bei einem evtl. Ausscheiden aus der SS sofort ab; ebenso verpflichte ich mich, die aus eigenen Mitteln beschafften Uniformstücke nebst Dienstabzeichen und SS-Dienstdolch gegen Vergütung des vom zuständigen Bekleidungsausschuß oder von der nächsthöheren Dienststelle festgesetzten Tragewertes zum Ankauf unwiderruflich zur Verfügung zu stellen, soweit ich diese Gegenstände nicht nachweislich bereits an einen SS-Angehörigen verkauft habe.
Verpflichtung:
Ich verpflichte mich, für die Bewegung Adolf Hitlers, als germanischen Führer, mich jederzeit rückhaltlos, notfallsunter Zurücksetzung persönlicher Interessen einzusetzen, strengste Disziplin zu wahren und die Anordnungen des Reichsführers-SS und der mir von ihm bestimmten Führer gewissenhaft auszuführen. Ich habe früher weder einer Freimaurerloge bzw. einem Geheimbunde noch einer gegnerischen Partei oder Organisation angehört.
Unterschrift des SS-Bewerbers:
Bad Tölz, den 10. 1. 1944
(Rufnamen und Familienname)
15. Bürgen: (gesetzliche eigenhändige Unterschrift der Bürgen)
a) SS- SS-Nummer: im:
b) SS- SS-Nummer: im:
16. Feststellung:
Die von dem Antragsteller gemachten Angaben wurden auf Grund der vorgelegenen amtlichen Ausweispapiere, insbesondere Namensschreibweise und Geburtsdatum, für richtig befunden.
Bad Tölz, den 8. 1. 1944
Der Führer der SS-Junkerschule Tölz
Sehr. i. germ. Dienst
SS-Sturmbannführer
u. Lehrgangsleiter

Kopie aus dem Bundesarchiv

*SS-Dokument für Albert Derichsweiler, einer der „Alten Parteigenossen" der NSDAP in der Landtagsfraktion der hessischen FDP (BArch: SSO, Derichsweiler, Albert, 06.07.1909). Derichsweiler trat 1956 aus der FDP aus und wurde Landesvorsitzender der Deutschen Partei in Hessen.*

gau verbleibenden Polen.[39] Im Biographischen Handbuch ist zu lesen: „bei der DAF auf dem Gebiet der Sozialpolitik tätig."[40]

Im April 1943 wurde Derichsweiler, damals „Inspekteur der Gauwohnungskommission und Präsident der Gauarbeitskammer ‚Wartheland'", in die SS aufgenommen. In der Allgemeinen SS erhielt er den Rang eines Oberführers, innerhalb der Waffen-SS den eines Obersturmführers.[41]

Der Gutsbesitzer Rolf Metz, SS-Mitglied seit September 1932 (SS-Nummer 56216, zuletzt SS-Obersturmführer[42], gehörte vom 01.01.1940 bis 11.05.1942 zur SS-Totenkopf-Reiterstandarte, die in Polen und in der Sowjetunion als Regiment 1 und 2 der 1. SS-Kavallerie-Brigade bei der sogenannten „Partisanenbekämpfung" zum Einsatz kam.

Am 12. August 1941 meldete die „Reitende Abteilung" des SS-Kavallerie-Regiments 2 in ihrem „Bericht über den Verlauf der Pripjet-Aktion vom 27.7. – 11.8.1941": „Weiber und Kinder in die Sümpfe zu treiben, hatte nicht den Erfolg, den er [sic] haben sollte, denn die Sümpfe waren nicht so tief, daß ein Einsinken erfolgen konnte. [...] Die Gesamtzahl der von der Reit.Abt. erschossenen Plünderer usw. beträgt: 6.526." Als „Gesamtergebnis" der „Aktion Pripjetsümpfe" meldete die Brigade: „10.844 erschossene Plünderer und Soldaten in Zivil."[43] Bei den verschleiernd und herabwürdigend als „Plünderer" bezeichneten Opfern handelte es sich vor allem um Juden.

Über Erich Mix erfährt man aus dem Biographischen Handbuch, dass er von 1937 bis 1945 Oberbürgermeister von Wiesbaden war. Unerwähnt bleibt dagegen, dass er seit dem 1. März 1939 auch der NSDAP-Gauleitung Hessen-Nassau (Gauamtsleiter für Kommunalpolitik) angehörte und innerhalb der SS den Rang eines Standartenführers bekleidete.

Ebenfalls nach dem Biographischen Handbuch soll Fritz Walter von „1919 bis 1933 Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei"[44] gewesen sein. Aus seinen SS-Unterlagen geht hingegen hervor, dass er von 1924 bis 1927 zum Jungdeutschen Orden gehörte und bereits am 1. Dezember 1929 in die SA und NSDAP eingetreten ist.

Am 1. Juni 1937 wurde der NSDAP-Ortsgruppenleiter von Wanfried und Kreisbauernführer vom Krs. Waltershausen von der SA in die SS überführt, wo er im Rang eines SS-Obersturmführers im SS-Rasse- und Siedlungs-Hauptamt als Bauernreferent tätig war.

Ohne zum Kreis der „Alten Parteigenossen" zu zählen, war auch Wilhelm Saure Angehöriger der „Schutzstaffel", in der Allgemeinen SS zuletzt im Range eines Oberführers. Über seine politischen Anfänge schrieb Saure am 20. November 1933 in einem Lebenslauf:

„In der [...] völkischen Bewegung stehe ich von Jugend an. Vor dem Krieg gehörte ich dem Wandervogel an. In der Nachkriegszeit (seit 1919) habe ich mich zunächst in dem aus der Offiziers-Kompanie Kassel hervorgegangenen Jungdeutschen Orden betätigt und war einer von dessen ersten Großmeistern. (Der Jungd. Orden verfolgte damals und in den ersten Jahren seines Bestehens klare völkische Ziele.) 1921 schloss ich mich mit oberschlesischen Kameraden dem inzwischen in die NSDAP übernommenen Wikingbund an. Über meine politische und antisemitische Propagandatätigkeit

[39] *Vgl. zu seiner dortigen Tätigkeit Madajczyk, Czeslaw: Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen 1939–1945, Köln 1988, S. 263 und 406.*

[40] *Lengemann: Das Hessen-Parlament ..., a.a.O., S. 234.*

[41] *Zu Derichsweiler siehe auch Grüttner, Michael: Biographisches Lexikon der nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik, Heidelberg 2004, S. 38 f.*

[42] *Der Umschlag der Broschüre zeigt einen Ausschnitt seiner SS-Mannschafts-Untersuchungsliste (BArch (ehem. BDC): SSO, Metz, Rolf, 17.03.1910).*

[43] *Die Meldungen sind als Faksimiles abgedruckt in: Unsere Ehre heißt Treue. Kriegstagebuch des Kommandostabes Reichsführer SS. Tätigkeitsberichte der 1. und 2. SS-Inf.-Brigade, der 1. SS-Kav.-Brigade und von Sonderkommandos der SS, hg. von Fritz Baade u.a., Wien 1965, S. 220 und 228.*

[44] *Lengemann: Das Hessen-Parlament ..., a.a.O., S. 420.*

Laufende Nummer

**SS-Mannschafts-Untersuchungsliste**
(für Aerzte-, Zahnärzte- und Apotheker-SS-Anwärter in doppelter Ausführung)

SS Sturmbann I / 35

**Personalien.**

Zuname: Metz
Vorname: Rolf
Geburtstag: 17. März 1910 4/35
Geburtsort: Gudensberg
Beruf: Landwirt
Parteimitglied-Nr. 770877 SS-Ausweis-Nr. 56 216
Dienststelle d. A.: —
Dienstgrad d. A.: —

**Familien-Vorgeschichte.**

Vater: lebt ja, Alter 54 Jahre, gestorben an i. Alter v. 3.
durchgem. Krankheiten: —, leidet an —
Mutter: lebt ja, Alter 50 Jahre, gestorben an i. Alter v. 3.
durchgem. Krankheiten: —, leidet an
Geschwister (ausser mir): Zahl 3 davon ♂ 1 / ♀ 2, leiden an —
Bluter? —
Gestorben: wieviel? — an —

**Vorgeschichte.**

Kindertrankheiten: Masern
Spätere Krankheiten:
Venerische Erkrankungen: —
Dergeitige Beschwerden: —
Verwundungen: — wann? —
Unfälle: — wann? —
Militär- oder Unfall-Rente: — wieviel % —
Nikotin: Nichtraucher Alkohol: sehr mässig
Sonstige Süchte: — Serum-Injektionen: —
Sportliche Betätigung: Leichathletik und Handball

Der Unterzeichnete erklärt hiermit, obige Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht zu haben und entbindet gleichzeitig den untersuchenden Arzt von seiner ärztlichen Schweigepflicht gegenüber seinen vorgesetzten Dienststellen.

Gudensberg, den 15/2. 193 5 Rolf Metz

SS-V S 1
SS-Vordruck Verlag W. F. Mayr, Miesbach (Bayer. Hochland)

**Ärztlicher Befund.**
Wenn nichts Krankhaftes einzutragen, dann: o. B. (ohne krankhaften Befund)

**A. Allgemeiner Befund.**

1) Nackt: Größe 182 cm, Gewicht 83 kg — Brustumfang: aus 87 cm — ein 102 cm
2) Habitus: hoch, Sitzhöhe:
3) Körperhaltung und Gang: normal
4) Ernährungszustand: normal, Muskulatur: gut
5) Knochenbau: normal
6) Knochen- und Gelenkveränderungen: keine
7) X- oder O-Beine: nein
8) Senkfuß und sonstige Fußveränderungen: keine
9) Krampfadern: nein
10) Angeborene Mißbildungen: keine
11) Haut: o.B., Ausschläge und Narben: o.B.
12) Drüsenschwellungen: keine

**B. Besonderer Befund.**

Kopf:
1) Augen: normal, Seh-Schärfe R. ohne Glas: 6/6, R. mit Glas: —
2) Brillenträger: nein, Seh-Schärfe L. ohne Glas: 6/6, L. mit Glas: —
3) Sonstiges: —, Schielen: nein
4) Ohren: normal, Flüstersprache R.: 5 m, L.: 5 m
5) Nase: o.B., Sprache: normal

**Zahn-Schema.**

Erläuterungen zum Z-Sch.: / kariös, ● plombiert, ○ fehlt, + Wurzel, k künstlich, Ka Zahn überkappt, W Weisheitszahn kommt noch, S Stiftzahn, Br Brücke, Pl Gaumenplatte

8 7 6 5 4 3 2 1 | 1 2 3 4 5 6 7 8
8 7 6 5 4 3 2 1 | 1 2 3 4 5 6 7 8

Gesamt-Urteil.
Keine SS Untauglichkeit.
Nach Gebiß richten SS tauglich
den 193
SS-Standartenarzt.

7) Mundhöhle: o.B., Rachen: o.B., Mandeln: o.B.
8) Kropfanlage (Basedow?): nein

Innere Organe:
9) Kehlkopf: o.B.

*Ausschnitt der SS-Mannschafts-Untersuchungsliste von Rolf Metz, später MdL der hessischen FDP (BArch [ehem. BDC]: SSO, Metz, Rolf, 17.03.1910).*

NS
1690

KRIEGSBÜCHEREI DER DEUTSCHEN JUGEND
HEFT 133

**Gebirgsjäger in Griechenland**

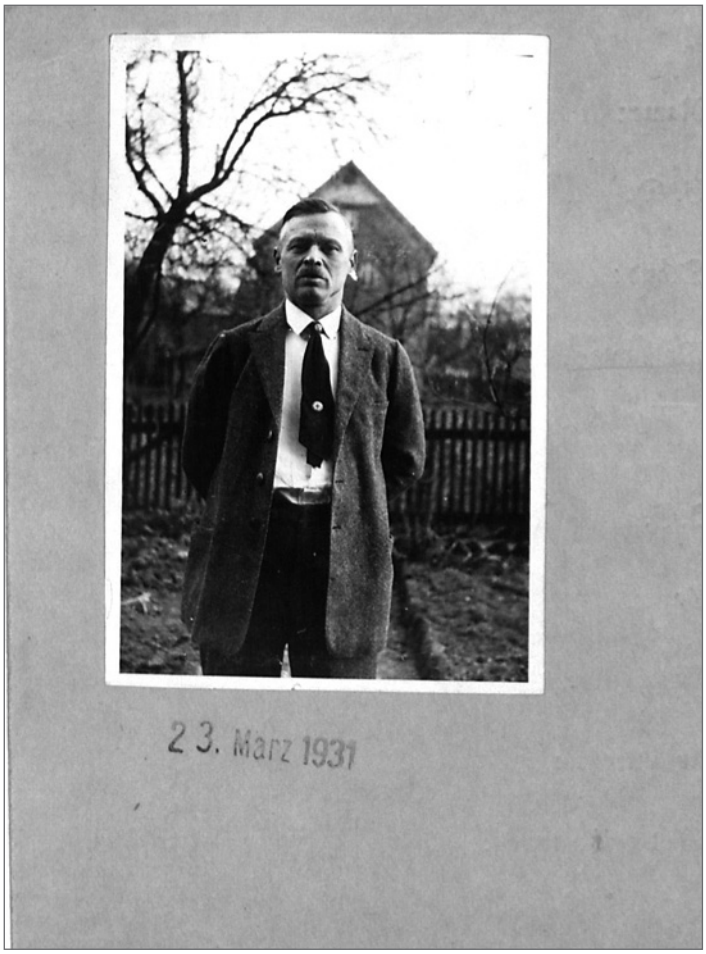
von

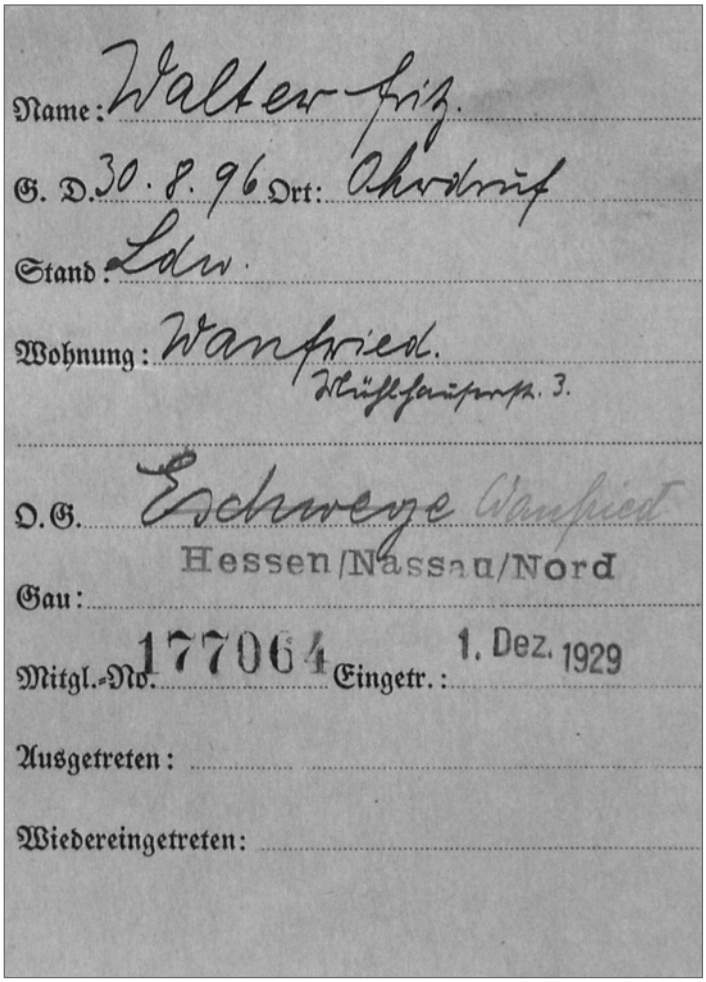
HEINRICH RODEMER

Steiniger

STEINIGER-VERLAGE BERLIN

*Als „Sonderführer (Z)“ einer Propaganda-Kompanie verfaßte Heinrich Rodemer, MdL der FDP von 1954 bis 1970, die Broschüre „Gebirgsjäger in Griechenland“ (Berlin 1942) für die „Kriegsbücherei der Deutschen Jugend“. Die kriegsverherrlichenden Groschenhefte wurden gemeinsam von Hitler-Jugend und Wehrmacht herausgegeben.*





Name: Walter Fritz.
G. D. 30. 8. 96 Ort: Ahrdorf
Stand: Ldw.
Wohnung: Wanfried.
Hüttenstraße 3.
O. G. Eschwege Wanfried
Hessen/Nassau/Nord
Gau:
Mitgl.-No. 177064 Eingetr.: 1. Dez. 1929
Ausgetreten:
Wiedereingetreten:

*NSDAP-Mitgliedsausweis für Fritz Walter, später MdL (1954-1957) und MdB (1957-1969) der FDP. Nach dem hessischen NPD-Landtagsabgeordneten Gerhard Woitschell wies Walter mit dem 1. Dezember 1929 das früheste Beitrittsdatum zur NSDAP auf (BArch: NSDAP-Mitgliederkartei [ehem. BDC], Sammlung 3100).*

in Hunderten von Versammlungen während der folgenden Jahre in Waldeck, Westfalen und Hessen-Nassau geben die [...] Jahrgänge der betreffenden örtlichen und zahlreicher großer Zeitungen Auskunft. [...] Mit Rassefragen habe ich mich seit meiner frühen Jugend beschäftigt. [...] So kam es, daß mich schon mit 12 oder 13 Jahren der steinerne Wotansrabe über der Tür einer Dorfkirche in meiner Heimat mehr interessierte als das Kreuzifix."[45]

Aus dem Biographischen Handbuch erfahren wir über Saures Wirken in der braunen Zeit: „Mehrjährige Tätigkeit im Justiz-, Verwaltungs- und Hochschuldienst. 1938 bis 1940 ordentlicher Professor für Bürgerliches Recht, Agrar- und Wirtschaftsrecht in Göttingen und von 1940 bis 1945 in Prag."[46] Verwaltungs- und Justiztätigkeit leistete Saure als Ministerialdirektor im Reichsernährungsministerium (Referent für Erbhofrecht und Agrarreform) sowie als Senatspräsident beim Reichserbhofgericht. Auf seine spätere Tätigkeit in Prag geht der Chef des SS-Rasse- und Siedlungshauptamtes (RuS-HA), SS-Gruppenführer Pancke, in einem Schreiben vom 1. April 1940 ein, mit dem er Saure für die Beförderung zum Oberführer der Allgemeinen SS vorschlug:

„SS-Standartenführer Dr. Saure ist Rektor der ältesten deutschen Universität in Prag. Er steht damit an einer auch außenpolitisch besonders exponierten und hervorragenden Stelle. SS-Staf. Saure hat sich seit Jahren zu jeder Zeit und Stunde dem RuS-HA zur Verfügung gestellt und wichtigste Arbeit auf dem Gebiet des Neubauerntums geleistet. Er hat sich auch vom 1. Kriegstage an wieder wie bei der Besetzung des Sudetenlandes und des Protektorats der SS voll zur Verfügung gestellt, bis er für die wichtigen Aufgaben als Rektor nach Prag abberufen wurde."[47]

In Prag war Saure nicht nur „Rektor der deutschen Universität", sondern auch „Reichskommissar für die geschlossene tschechische Universität". Welche Rolle er spielte, als am 16./17. November 1939 die tschechischen Hochschulen geschlossen, neun Studentenführer exekutiert und rund 1.200 tschechische Studenten in Prag und Brünn verhaftet und in das KZ Sachsenhausen verschleppt wurden, liegt im Dunklen. Einzelheiten seiner späteren universitären Tätigkeit nennt ein Schreiben des SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamtes vom 26. April 1944, mit dem seine Beförderung zum SS-Sturmbannführer der Waffen-SS wie folgt begründet wurde: „Seine SS-mäßige Haltung ist einwandfrei. [...] Er ist langjähriger wissenschaftlicher Berater für die zum Studium kommandierten Führer des SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamtes. Die wissenschaftliche Betreuung und Lenkung der in Prag studierenden SS-Führer hat er in vorbildlicher Weise durchgeführt und sich große Verdienste um die Ausbildung unseres Führernachwuchses erworben."[48]

Unzutreffend dürfte demnach der Hinweis bei Klee sein, wonach Saure 1942 eine „Amtsenthebung nach Streit mit Heydrich"[49] widerfahren wäre. Schließlich ist noch auf folgendes hinzuweisen: Wenn Saure dem Hessischen Landtag nur rund viereinhalb Monate angehörte, dann lag das allein an seinem plötzlichen Tod am 18. April 1951.

Die Häufung einer hohen Zahl ehemaliger NSDAP-Mitglieder innerhalb der FDP-Landtagsfraktion, darunter „Alte Parteigenossen" und SS-Angehörige, erhält ein besonderes Gewicht vor dem Hintergrund der sogenannten „Naumann-Affäre", die Anfang der 1950er Jahre die Bundesrepublik erschütterte. Ihren Namen hatte die auch

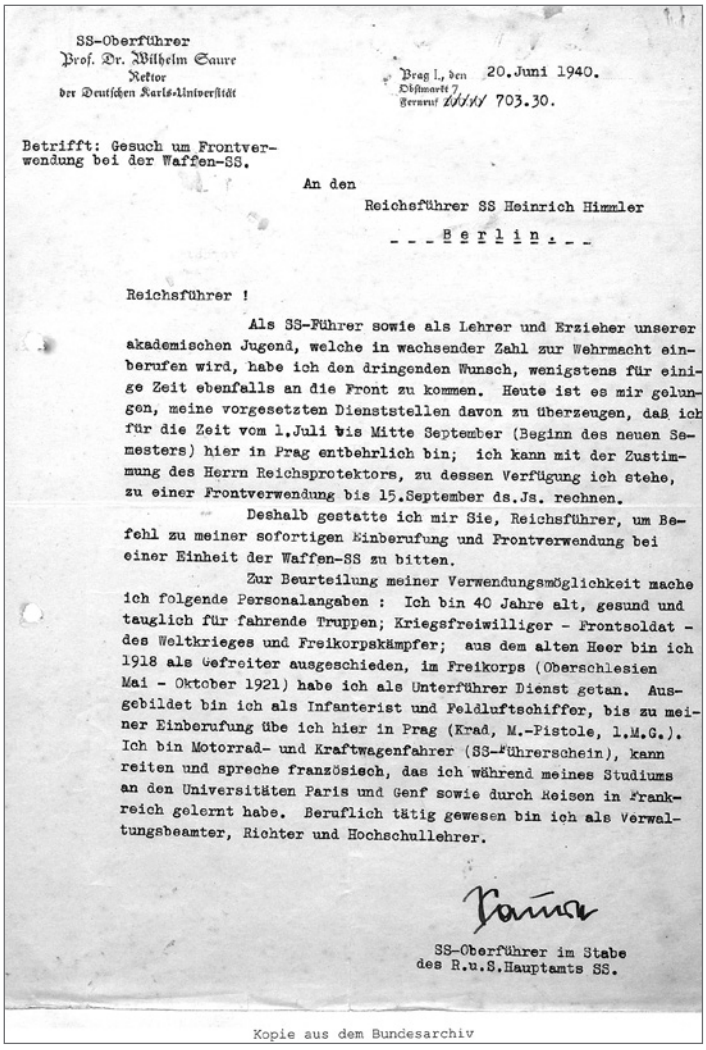
[45] *BArch (ehem. BDC), SSO, Saure, Wilhelm, 25.09.1899.*

[46] *Lengemann: Das Hessen-Parlament ..., a.a.O., S. 370.*

[47] *BArch (ehem. BDC), SSO, Saure, Wilhelm, 25.09.1899.*

[48] *BArch (ehem. BDC), SSO, Saure, Wilhelm, 25.09.1899.*

[49] *Klee, Ernst: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945?, Frankfurt/M. 2003, S. 521.*



SS-Oberführer
Prof. Dr. Wilhelm Saure
Rektor
der Deutschen Karls-Universität

Prag I., den 20. Juni 1940.
Obstmarkt 7
Fernruf 703.30.

Betrifft: Gesuch um Frontverwendung bei der Waffen-SS.

An den
Reichsführer SS Heinrich Himmler
- - - B e r l i n - - -

Reichsführer !

Als SS-Führer sowie als Lehrer und Erzieher unserer akademischen Jugend, welche in wachsender Zahl zur Wehrmacht einberufen wird, habe ich den dringenden Wunsch, wenigstens für einige Zeit ebenfalls an die Front zu kommen. Heute ist es mir gelungen, meine vorgesetzten Dienststellen davon zu überzeugen, daß ich für die Zeit vom 1.Juli bis Mitte September (Beginn des neuen Semesters) hier in Prag entbehrlich bin; ich kann mit der Zustimmung des Herrn Reichsprotektors, zu dessen Verfügung ich stehe, zu einer Frontverwendung bis 15.September ds.Js. rechnen.

Deshalb gestatte ich mir Sie, Reichsführer, um Befehl zu meiner sofortigen Einberufung und Frontverwendung bei einer Einheit der Waffen-SS zu bitten.

Zur Beurteilung meiner Verwendungsmöglichkeit mache ich folgende Personalangaben : Ich bin 40 Jahre alt, gesund und tauglich für fahrende Truppen; Kriegsfreiwilliger - Frontsoldat - des Weltkrieges und Freikorpskämpfer; aus dem alten Heer bin ich 1918 als Gefreiter ausgeschieden, im Freikorps (Oberschlesien Mai - Oktober 1921) habe ich als Unterführer Dienst getan. Ausgebildet bin ich als Infanterist und Feldluftschiffer, bis zu meiner Einberufung übe ich hier in Prag (Kraď, M.-Pistole, l.M.G.). Ich bin Motorrad- und Kraftwagenfahrer (SS-Führerschein), kann reiten und spreche französisch, das ich während meines Studiums an den Universitäten Paris und Genf sowie durch Reisen in Frankreich gelernt habe. Beruflich tätig gewesen bin ich als Verwaltungsbeamter, Richter und Hochschullehrer.

Saure

SS-Oberführer im Stabe
des R.u.S.Hauptamts SS.

Kopie aus dem Bundesarchiv

*Den späteren FDP-Landtagsabgeordneten (1950-1951) Wilhelm Saure, Freiwilliger im Ersten Weltkrieg und Freikorps-Kämpfer im Hessischen Freiwilligen-Bataillon Wolf, zog es 1940 erneut zu kriegerischer Betätigung, wie das hier abgedruckte Schreiben an Heinrich Himmler zeigt (BArch: SSO [ehem. BDC], Saure, Wilhelm, 25.09.1899).*

als „Gauleiterverschwörung“ bezeichnete Affäre von Werner Naumann, dem langjährigen Staatssekretär im Reichspropagandaministerium, den Hitler in seinem Testament zum Nachfolger Goebbels‘ bestimmt hatte. Naumann kooperierte in Düsseldorf eng mit dem dortigen FDP-Landtagsabgeordneten Ernst Achenbach, der „in den frühen dreißiger Jahren zeitweilig einer der Verwalter der ‚Adolf-Hitler-Spende‘ der deutschen Wirtschaft“[50] war und als NS-Diplomat im besetzten Paris „Deportationen französischer Juden nach Auschwitz in Gang“[51] gesetzt hatte. Naumann und Achenbach verfolgten das Ziel, mit weiteren hochrangigen Vertretern des untergegangenen NS-Regimes vornehmlich die FDP, aber auch die DP und den BHE zu infiltrieren, um aus den Reihen dieser im Bundestag bereits verankerten Parteien heraus eine „Nationale Sammlungsbewegung“ rechts von der CDU zu etablieren, der sich die kleineren neonazistischen Parteien und maßgebliche Teile der Soldatenverbände, Vertriebenenorganisationen usw. anschließen sollten.

Nicht zuletzt dank der „Spenden von Ruhrindustriellen, insonderheit Hugo Stinnes jr.“[52], machte das erst Anfang 1953 durch Verhaftungsaktionen der britischen Besatzungsmacht gestoppte Vorhaben[53] insbesondere in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen rasche Fortschritte. Auch Hessen zählte zu den Einflussgebieten des „Naumann-Kreises“. Doch während etwa von der niedersächsischen FDP-Landesgeschäftsstelle in Hannover bekannt ist, dass sie in „noch perfekterem Grade als die [...] nordrhein-westfälische in Düsseldorf ein schon geradezu hermetisch abgeschottetes Eldorado zielbewußt arbeitender Ex-Nationalsozialisten und Naumann-Kooperateure“ war, die „eine systematische Politik der Stärkung des Flügels bewährter und ihrer Einstellung treu gebliebener Gesinnungskameraden in der FDP betrieben und schon des längeren auch auf die Einbeziehung der Neonazi-Parteien in sie hinarbeiteten“[54], ist über die personellen Strukturen des „Naumann-Kreises“ in Hessen wenig bekannt. Fraglos dazu gehörte der oben genannte Albert Derichsweiler, bis 1952 hessischer Landesvorsitzender der DP und deren Abgeordneter im Frankfurter Stadtrat, seit 1953 Mitglied der FDP und für sie 1955 in den Hessischen Landtag nachgerückt.

Angesichts der starken Präsenz ehemaliger NSDAP-Angehöriger in der Landtagsfraktion der FDP, über die man in der offiziellen Geschichte der Hessen-FDP übrigens so gut wie nichts findet[55], drängt sich die Vermutung auf, dass die hessische FDP noch stärker in die „Naumann-Affäre“ eingebunden war als bisher bekannt. Ein gesteigerter Aufklärungsbedarf besteht in dieser Hinsicht auch wegen der besonderen Beziehungen, die in Hessen zwischen FDP und BHE bestanden. Bei den hessischen Landtagswahlen vom 19. November 1950 ließ die FDP Kandidaten des BHE auf ihren Listen kandidieren, um deren Einzug ins Parlament sicherzustellen. Das gelang, so dass sich aus den auf den Listen der FDP gewählten 21 Abgeordneten eine FDP-Fraktion in Stärke von 13 Abgeordneten und daneben eine achtköpfige BHE-Fraktion konstituieren konnte. Zu letzterer gehörte auch der bereits erwähnte Gotthard Franke, BHE-Landesvorsitzender von 1954 bis 1963 und stellvertretender Bundesvorsitzender von GB/BHE von 1958–1961, der dann am 26. Mai 1964 zur FDP übertrat.

*[50] Opitz, Reinhard: Faschismus und Neofaschismus, Bd. 2: Neofaschismus in der Bundesrepublik, Köln 1988, S. 39.*

*[51] Fischer, Torben; Lorenz, Matthias N. (Hg.): Lexikon der „Vergangenheitsbewältigung“ in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945, Bielefeld 2007, S. 103.*

*[52] Frei, Norbert: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996, S. 366.*

*[53] Zu Verurteilungen kam es damals nicht. Achenbach verlor zwar wichtige Parteiämter, wurde aber nicht ausgeschlossen: „Dank seiner guten Verbindungen zur Wirtschaft gelang ihm [...] im Frühjahr 1954 über eine Spendengeldsammlung der politische Wiedereinstieg. Bei den Bundestagswahlen 1957 zog Achenbach in den Bundestag ein und vertrat dort die FDP bis 1976. Von 1962 bis 1977 war er Mitglied des Europa-Parlaments.“ (Fischer; Lorenz, a.a.O., S. 103)*

*[54] Opitz, a.a.O., S. 46 f. Eine Schlüsselrolle spielte dabei der Landesgeschäftsführer und MdL Horst Huisgen. Zu seiner Person siehe Klausch, Hans-Peter: Braune Wurzeln – Alte Nazis in den niedersächsischen Landtagsfraktionen von CDU, FDP und DP, Hannover: Die Linke. Fraktion im Niedersächsischen Landtag, 2008, S. 8 f.*

*[55] Vgl. Luckemeyer, Ludwig: Liberale in Hessen 1848–1980, hg. von Ekkehard Gries. Landesvorsitzender der Hessischen F.D.P., Melsungen 1980. Allein die weitgehend bekannte NS-Vergangenheit des früheren NSDAP-Reichstagsabgeordneten Derichsweiler wird dort (S. 207) kurz gestreift.*

## Frühere NSDAP-Mitglieder in den Fraktionen von GB/BHE, GDP, GDP/BHE

Von 19 überprüften hessischen Landtagsabgeordneten der Fraktionen von BHE, GB/BHE, GDP und GDP/BHE wurde in 12 Fällen (63,2%) eine frühere NSDAP-Zugehörigkeit festgestellt. Das ist ein noch höherer Satz als der Vergleichswert bei der NPD-Fraktion (42,9%). Namentliche Aufstellung vormaliger NSDAP-Mitglieder der Fraktion von BHE usw. im Hessischen Landtag:

- **Böhm, Rudolf** (geb. 15.01.1913), MdL für BHE, GB/BHE 1950–1954 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 6.433.905, Aufnahmedatum: 01.12.1938)
- **Franke, Gotthard** (geb. 14.08.1912), MdL von BHE, GB/BHE, GDP, GDP/BHE und FDP 1950–1970 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 6.865.974, Aufnahmedatum: 01.11.1938 – Franke wurde auch bereits in der Auflistung zur FDP genannt.)
- **Gebhardt, Anno von** (geb. 12.12.1908), MdL für den GB/BHE 1954 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 4.357.509, Aufnahmedatum: 01.05.1937)
- **Jatsch, Anton** (geb. 02.02.1909), MdL von BHE und GB/BHE 1950–1958 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 6.635.204, Aufnahmedatum: 01.11.1938)
- **Kaul, Alexander** (geb. 04.07.1901), MdL des GB/BHE 1954–1958 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 2.945.510, Aufnahmedatum: 01.05.1933)
- **Kersten, Kurt** (geb. 31.07.1901), MdL für GB/BHE, GDP, GDP/BHE 1955–1962 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 2.292.552, Aufnahmedatum: 01.05.1933)
- **Kuske, Gerhard** (geb. 22.08.1911), MdL für GB/BHE, GDP, GDP/BHE, GPD/BHE 1959–1962 und 1964–1966 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 8.890[6?].326, Aufnahmedatum: 01.07.1941)
- **Preißler, Walter** (geb. 08.04.1915), MdL für GB/BHE, GDP, GDP/BHE, GPD/BHE 1954–1955 und 1958–1966 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 6.608.246, Aufnahmedatum: 01.11.1938)
- **Seiboth, Frank** [früher: Franz] (geb. 09.05.1912), MdL für GB/BHE, GDP, GDP/BHE, GPD/BHE 1958–1966 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 6.600.850, Aufnahmedatum: 01.11.1938)
- **Stegmann, Ernst Günther** (geb. 06.06.1900), MdL der GPD/BHE 1966 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 4.295.702, Aufnahmedatum: 01.05.1937)
- **Walt[h]er, Josef** (geb. 13.01.1893), MdL für GB/BHE, GDP, GDP/BHE, GPD/BHE 1954–1966 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 6.814.192, Aufnahmedatum: 01.11.1938)
- **Ziegler, Wilhelm** (geb. 25.11.1891), MdL für BHE, GB/BHE 1950–1954 (NSDAP-Mitgliedsnummer: 2.011036, Aufnahmedatum: 01.05.1933)

Wenn etliche der Genannten ein vergleichsweise spätes NSDAP-Eintrittsdatum aufweisen, dann lag das häufig an ihrem tschechoslowakischen Wohnsitz (Böhm, Franke, Jatsch, Preißler, Seiboth, Walt[h]er). Von Stegmann ist dokumentiert, dass er bereits seit dem 15. Februar 1934 SA-Angehöriger war.

Unter den zwölf angeführten vormaligen NSDAP-Mitgliedern ragen zwei heraus. Da ist zunächst Frank Seiboth. Als Schulungsleiter war er hauptamtliches Mitglied der NSDAP-Gauleitung Sudetenland. Am 19. Juli 1941 schlug ihn der NSDAP-Reichsleiter Alfred Rosenberg für das „Kriegsverdienstkreuz II. Kl[asse] ohne Schw[erter]“ vor. Zur Begründung hieß es: „Angehöriger des ‚Einsatzstab Rosenberg für die besetzten Gebiete‘.“[56] Dem Einsatzstab Rosenberg oblag der Raub von Kunstgegenständen in den okkupierten Ländern. Innerhalb der SS bekleidete Seiboth den Rang eines Hauptsturmführers.[57] Folgt man dagegen dem Biographischen Handbuch, dann hat Seiboth in erster Linie fürsorglich gewirkt. Dort ist zu lesen: „Ab 1942 in Prag sozialpolitische Betreuung der tschechischen Arbeiterschaft.“[58]

Noch interessanter ist die Person des Prof. Dr. Wilhelm Ziegler. Er ist einer der wenigen Landtagsabgeordneten, bei denen im Biographischen Handbuch eine NSDAP-Mitgliedschaft, wenn auch in verharmlosender Form, eingeräumt wird. Ein Verschweigen hätte wohl auch wenig Sinn gemacht angesichts von Zieglers früherer Stellung als Ministerialrat in Goebbels Reichspropagandaministerium. Folgt man dem Biographischen Handbuch, dann könnte man meinen, dass Ziegler als früherer Mitarbeiter der Weimarer Reichszentrale für Heimatdienst, einer Art Vorläuferin der Bundeszentrale für politische Bildung, eher zufällig und ohne eigenes Zutun in Goebbels‘ Propagandazentrale hineingeschliddert ist: „1919 Reichszentrale für Heimatdienst, dort 1927 Oberregierungsrat. 1933 nach deren Auflösung Übernahme in das Reichspropaganda-Ministerium, Referent für Wissenschaft. Pg ohne Amt. 1938 Ministerialrat. 1941 Honorarprofessor für Geschichte an der Universität Berlin.“[59]

Angaben dazu, welcher Art von „Wissenschaft“ Ziegler im Reichspropagandaministerium und an der Universität Berlin nachging, sucht man dort vergeblich. Dies gilt auch für den Biographischen Index „MdL Hessen“, in dem Ziegler – wohl durch ein Versehen – überhaupt keine Erwähnung mehr findet. Tatsächlich wurde Ziegler, der seit 1925 Mitglied der Deutschen Volkspartei (DVP) war, als „einziger Beamter mit noch einem anderen Kollegen in das neu errichtete Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda übernommen“, weil er sich seit 1921 durch seine politisch-publizistische Tätigkeit im „Kampf gegen die Kriegsschuldlüge und das Versailler Diktat“ (Lebenslauf Wilhelm Ziegler) verdient gemacht hatte. Auch in rassenideologischer Hinsicht erwies sich Ziegler als durchaus kompatibel. In seinem „Schriftenverzeichnis“ finden sich dazu die Titel: „Deutschland und die Judenfrage (anonym), Berlin 1936“ sowie „Die Judenfrage und die moderne Welt, Berlin 1937“. Laut Schreiben des Dekans der Philosophischen Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin vom 10. April 1937 war Ziegler auch „Verfasser des amtlichen Werkes ‚Die Juden in Deutschland‘, das zum ersten Mal die Rolle des Judentums im Deutschland unserer eigenen Zeit zusammenhängend darstellt“.[60]

Nach Angabe von Ernst Klee fungierte Ziegler schon seit 1935 innerhalb des Reichspropagandaministeriums als „Leiter des Instituts zum Studium der Judenfrage“. Ab 1936 saß er demnach „im Beirat der Forschungsabteilung Judenfrage in Walter Franks Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschland.“[61] 1938 wurde ihm dann „ein Lehrauftrag an der Universität Berlin für Geschichte der Judenfrage übertragen“ (Lebenslauf Wilhelm Ziegler). Als weitere Funktion nennt Klee: „stellv. Leiter (‚Judenreferent‘) der Schrifttumsabteilung im Propagandaministerium.“[62]

Nachdem Ziegler in der unmittelbaren Vorkriegszeit noch federführend an der „Ausstellung ‚Ein Volk – Ein Reich – Ein Führer‘, die

---

[56] *BArch (ehem. BDC), PK, Seiboth, Franz, 09.05.1912.*

[57] *Vgl. Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und in Berlin (West), Reprint der 3. Aufl. von 1968, hg. von Norbert Podewin, Berlin o.J. [ca. 2002], S. 314, 349. Demnach war Seiboth zeitweilig auch HJ-Gebietsführer im Sudetenland.*

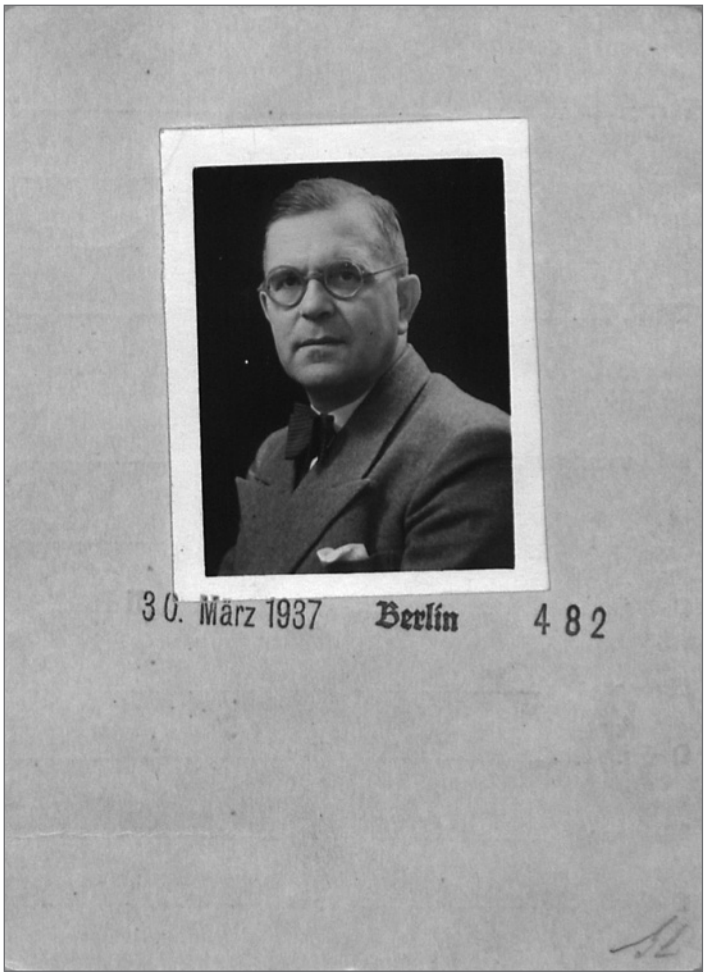
[58] *Lengemann: Das Hessen-Parlament ..., a.a.O., S. 389*

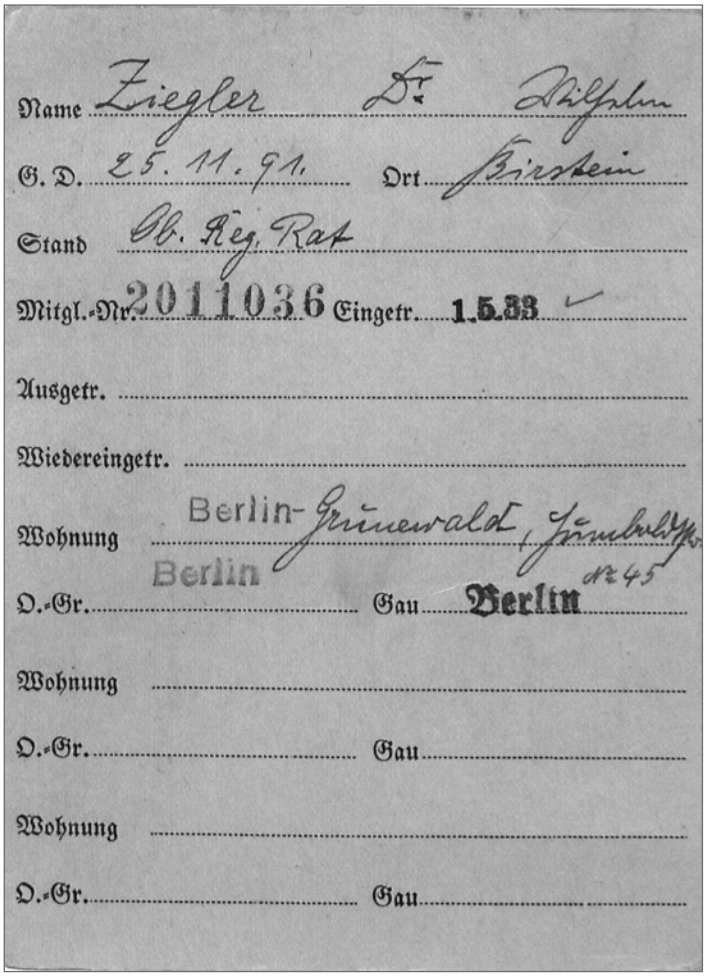
[59] *Lengemann: Das Hessen-Parlament ..., a.a.O., S. 440.*

[60] *BArch (ehem. BDC), DS, Ziegler, Wilhelm, 25.11.1891.*

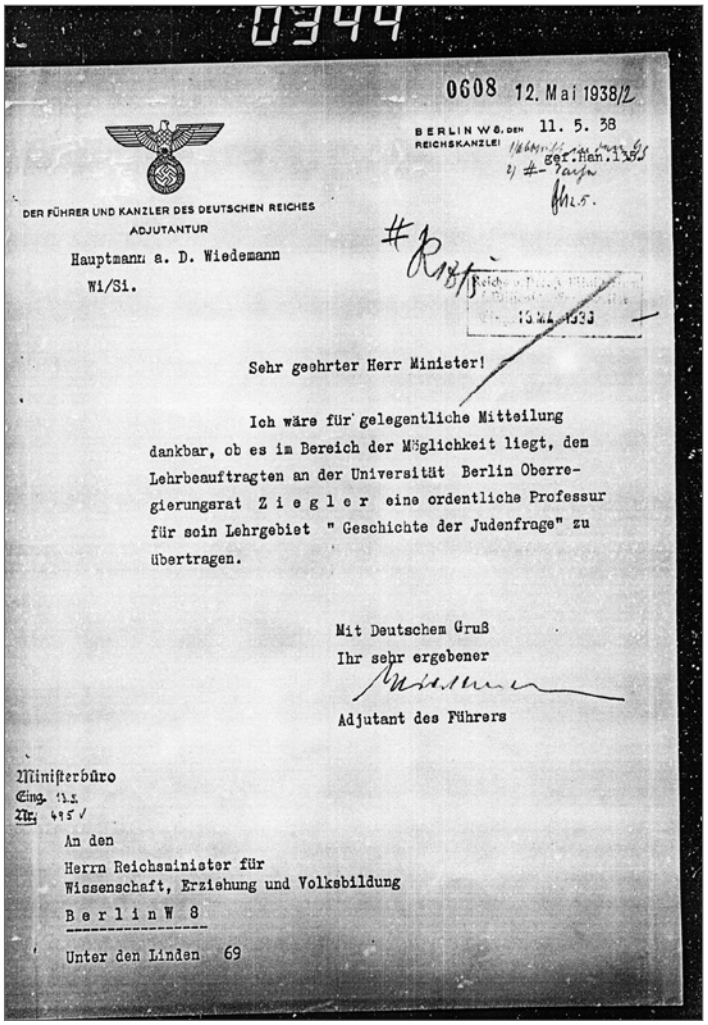
[61] *Klee, a.a.O., S. 694.*

[62] *Ebd.*




*NSDAP-Mitgliedskarte für Wilhelm Ziegler, Abgeordneter des Hessischen Landtags von 1950 bis 1954 und Staatskommissar für die Förderung der hessischen Notstandsgebiete und Zonengrenzkreise in der Hessischen Staatskanzlei von 1953 bis 1956 (BArch: NSDAP-Mitgliederkartei [ehem. BDC], Sammlung 3100).*



0344

0608 12. Mai 1938/2

BERLIN W 8, den 11. 5. 38
REICHSKANZLEI

DER FÜHRER UND KANZLER DES DEUTSCHEN REICHES
ADJUTANTUR

Hauptmann a. D. Wiedemann
Wi/Si.

Sehr geehrter Herr Minister!

Ich wäre für gelegentliche Mitteilung dankbar, ob es im Bereich der Möglichkeit liegt, dem Lehrbeauftragten an der Universität Berlin Oberregierungsrat Z i e g l e r eine ordentliche Professur für sein Lehrgebiet " Geschichte der Judenfrage" zu übertragen.

Mit Deutschem Gruß
Ihr sehr ergebener

Adjutant des Führers

Ministerbüro
Eing. 13.5.
Nr. 495

An den
Herrn Reichsminister für
Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung
B e r l i n W 8
Unter den Linden 69

*Mit diesem Schreiben setzte sich der „Adjutant des Führers" beim Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung für Wilhelm Ziegler ein (BArch: DS [ehem. BDC], Ziegler, Wilhelm, 25.11.1891).*

zum 50. Geburtstag des Führers am 20. April 1939 in den Berliner Ausstellungshallen eröffnet"[63] wurde, mitgewirkt hatte, wurde während des Krieges die Propagandaarbeit gegen die westlichen Alliierten zu einem seiner Schwerpunkte. Voller Begeisterung notierte Goebbels am 5. März 1940 in sein Tagebuch: „Dr. Ziegler hat ein großartiges Quellenwerk ‚englische Humanität' geschrieben. Ich lasse es weidlich ausschlachten. Und alle Redner sollen es bekommen."[64]

Zwei Jahre später soll es dann zu einem Karriere-Knick gekommen sein. Jochen Lengemann schreibt dazu im Biographischen Handbuch: „1942 Untersuchungsverfahren durch Geheime Staatspolizei wegen aktiven Widerstandes in den Jahren 1938 und 1939, seitdem dienstlich beaufsichtigt. 1943 beurlaubt."[65] Tatsächlich wurde Ziegler 1943 beurlaubt, allerdings nur als Honorarprofessor an der Berliner Universität – und das auf eigenen Wunsch! Der gesundheitlich angeschlagene Ziegler fühlte sich voll und ganz eingespannt durch den Auftrag, nach dem hochgelobten Buch „Über die englische Humanität. Ein Dokumentenwerk" (Berlin 1940) ein ähnliches Machwerk über den US-amerikanischen Kriegsgegner zu schreiben. Ziegler selbst schrieb über das Buchprojekt am 17. März 1942 an das Reichswissenschaftsministerium: „Es handelt

[63] *BArch (ehem. BDC), DS, Ziegler, Wilhelm, 25.11.1891.*

[64] *Die Tagebücher von Joseph Goebbels, hg. von Elke Fröhlich, Teil I, Bd. 7: Juli 1938 – März 1940, München 1998, S. 333 (05.03.1940).*

[65] *Lengemann: Das Hessen-Parlament ..., a.a.O., S. 440. In Anlehnung an diese Darstellung heißt es dann bei York R. Winkler über Ziegler: „Nach einem Untersuchungsverfahren durch die Gestapo wegen aktiven Widerstands 1943 beurlaubt." (Winkler, York R.: Flüchtlingsorganisationen in Hessen 1945–1943. BHE – Flüchtlingsverbände – Landsmannschaften, Wiesbaden 1998, S. 394)*

sich um ein Dokumentenwerk, zu dem mir Reichsminister Dr. Goebbels Mitte Dezember 1941 den Auftrag gab. Über dieses Werk ist auch der Führer unterrichtet."[66] Die Fertigstellung gelang Ziegler anscheinend nicht mehr, doch war er weiterhin propagandistisch zum besagten Thema tätig. So sprach er am 25. Februar 1944 in München vor hohen Offizieren des Wehrkreiskommandos VII im „Rahmen der Vorträge für nat.-soz. Führung" zum Thema „England und Amerika in Vergangenheit und Gegenwart".[67] Von einem wie auch immer gearteten „Widerstand" kann bei Ziegler keine Rede sein. Dafür sah man ihn „1944 im Führungskreis des NS-Dozentenbundes."[68]

Ob Ziegler für den „Naumann-Kreis" als Verbindungsmann zum BHE in Frage kam, mag angesichts der von ihm aufgetischten und bei Lengemann wiedergegebenen „Widerstandsgeschichte" unwahrscheinlich erscheinen. Als vormaliger Ministerialrat im Reichspropagandaministerium war er jedenfalls mit dem dort als Staatssekretär fungierenden Werner Naumann bekannt. Dienstliche Beziehungen bestanden seit etwa 1940 auch zu einem weiteren hohen Vertreter des „Naumann-Kreises", dem vormaligen SS-Brigadeführer Franz Alfred Six. Letzterer war in führenden Stellungen auf unterschiedlichen Feldern für das NS-Regime tätig.[69] Seit 1935 war er Amtsleiter im SD-Hauptamt und später Amtschef im Reichssicherheitshauptamt. Beim Überfall auf die Sowjetunion gehörte er als Kommandeur des „Vorauskommandos Moskau" der Einsatzgruppe B an. Von 1942 bis 1945 stand er an der Spitze der Kulturpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes. In dieser Funktion erklärte Six auf einer Tagung der „Judenreferenten und Arisierungsberater" an den deutschen Botschaften vom 3./4. April 1944, dass das „Judentum in Europa ‚seine biologische und gleichzeitig seine politische Rolle ausgespielt' habe, denn ‚die physische Beseitigung des Ostjudentums entziehe dem Judentum die biologischen Grundlagen'."[70] Als Dekan der Auslandswissenschaftlichen Fakultät der Berliner Universität war Six auch Vorgesetzter des dort als Honorarprofessor eingesetzten Ziegler.[71] Beide waren mit der Herausgabe der „Zeitschrift für Politik" befasst, wobei laut Hachmeister für die „harte antijüdische Propaganda [...] vor allem Wilhelm Ziegler stand"[72].

[66] *BArch (ehem. BDC), DS, Ziegler, Wilhelm, 25.11.1891.*

[67] *BArch (ehem. BDC), DS, Ziegler, Wilhelm, 25.11.1891.*

[68] *Klee, a.a.O., S. 694.*

[69] *Vgl. Hachmeister, Lutz: Der Gegnerforscher. Die Karriere des SS-Führers Franz Alfred Six, München 1998.*

[70] *Zit. n. Hachmeister, a.a.O., S. 267. Der Marburger Historiker Eckart Conze bezeichnet das Auswärtige Amt schlicht als „verbrecherische Organisation" (Spiegel-Gespräch: Verbrecherische Organisation, in: Der Spiegel, H. 43 vom 25.10.2010). Siehe dazu Conze, Eckart; Frei, Norbert; Hayes, Peter; Zimmermann, Moshe: Das Amt und die Vergangenheit.. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, München 2010.*

[71] *Der beiderseitige Kontakt wird belegt durch Korrespondenzen in der Personalakte (BArch (ehem. BDC), DS, Ziegler, Wilhelm, 25.11.1891).*

[72] *Hachmeister, a.a.O., S. 130.*

## Hessische Landtagsabgeordnete mit NS-Vergangenheit in herausgehobenen politischen Ämtern und Funktionen

Unter den Ex-NSDAP-Mitgliedern von BHE, CDU, FDP und SPD befanden sich Landesminister, Staatssekretäre, Abgeordnete des Bundestages (MdB) und des Europaparlaments (MdE), hohe Parteifunktionäre auf Kreis, Landes- und Bundesebene sowie einflussreiche Politiker der Vertriebenen-Organisationen.

- **Arndt, R. (SPD)**
  Hessischer Minister für Wirtschaft und Verkehr (1964–1970)
  Hessischer Minister der Finanzen (1970–1972)
  Stellvertretender Ministerpräsident (1970–1972)
  Oberbürgermeister von Frankfurt am Main 1972–1977
  MdE 1979–1989
  Fraktionsvorsitzender der Sozialistischen Fraktion im EU-Parlament 1984–1989
  Fraktionsvorsitzender der SPD im Hessischen Landtag 1961–1964
- **Conrad, W. (SPD)**
  Hessischer Minister der Finanzen 1956–1964
- **Dockhorn, O. (FDP)**
  Staatssekretär beim Hessischen Minister des Innern 1978–1984
- **Dörinkel, W. (FDP)**
  Mitbegründer der FDP in Nordrhein-Westfalen
  MdB 1961–1965
  Fraktionsvorsitzender der FPD im Hessischen Landtag 1961–1964
- **Dregger, A. (CDU)**
  Landesvorsitzender der CDU Hessen 1967–1982
  Stellvertretender CDU-Bundesvorsitzender 1977–1983
  MdB 1972–1998
  Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 1976–1982
  Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 1982–1991
  Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU im Hessischen Landtag 1968–1970
  Fraktionsvorsitzender der CDU im Hessischen Landtag 1970–1972
- **Fay, W. (CDU)**
  Landesvorsitzender der CDU Hessen 1952–1967, danach Ehrenvorsitzender
  Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU im Hessischen Landtag 1962–1968
- **Franke, G. (BHE, FDP)**
  Landesvorsitzender des BHE Hessen 1954–1963
  Stellvertretender Bundesvorsitzender des GB/BHE 1958–1961)
  MdB 1955–1963
  Hessischer Minister für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr 1955–1959
  Hessischer Minister für Wirtschaft und Verkehr 1959–1963
  Stellvertretender Ministerpräsident (1955–1963)
  Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der FDP im Hessischen Landtag 1968–1969
- **Höhne, E. O. (SPD)**
  Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD im Hessischen Landtag 1969–1970
- **Jatsch, A. (GB/BHE)**
  Stellvertretender Fraktionsvorsitzender des GB/BHE im Hessischen Landtag 1953–1958

- **Kaul, A. (GB/BHE)**
  Staatskommissar für die Förderung der hessischen Notstandsgebiete und Zonenrandkreise in der Hessischen Staatskanzlei 1956–1963
  Abteilungsleiter für Flüchtlingswesen beim Hessischen Minister des Innern 1963–1966
- **Kneipp, O. (FDP)**
  MdB 1949–1953
- **Koch, K.-H. (CDU)**
  Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU im Hessischen Landtag 1974–1987
  Hessischer Minister der Justiz 1974–1991
- **Kohl, H. (FDP)**
  Landesvorsitzender der FDP Hessen 1962–1967
  FDP-Bundesvorstandsmitglied 1959–1971
  Staatssekretär beim Hessischen Minister des Innern 1970–1976
  Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der FDP im Hessischen Landtag 1958–1963
  Fraktionsvorsitzender der FDP im Hessischen Landtag 1963–1965
  Vizepräsident des Hessischen Landtags 1966–1970
- **Marx, J. (CDU)**
  Mitbegründer der Jungen Union in Hessen, deren stellvertretender Landesvorsitzender und 1949–1954 Landesgeschäftsführer
- **Mix, E. (FDP)**
  Oberbürgermeister von Wiesbaden 1937–1945 und 1954–1960
  Fraktionsvorsitzender der FDP im Hessischen Landtag 1961–1963
  Vizepräsident des Hessischen Landtags 1962–1966
- **Molter, H. (FDP)**
  Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der FDP im Hessischen Landtag 1970–1974
  Vizepräsident des Hessischen Landtags 1973–1974
- **Preißler, W. (GB/BHE)**
  Staatssekretär beim Hessischen Minister des Innern (1955–1962)
- **Rodemer, H. (FDP)**
  Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der FDP im Hessischen Landtag 1958–1965 und 1968–1970
  Fraktionsvorsitzender der FDP im Hessischen Landtag 1965–1968
- **Schmidt, H. (SPD)**
  MdB 1961–1969
- **Seiboth, F. (GB/BHE)**
  Bundesvorsitzender des GB/BHE bzw. der GDP/BHE 1958–1960
  MdB 1953–1957, Stellvertretender Vorsitzender der GB/BHE-Bundestagsfraktion
  Staatssekretär beim Hessischen Minister für Landwirtschaft und Umwelt (1967–1974)
  1953–1955 Vorsitzender des Witikobundes
  Fraktionsvorsitzender des GB/BHE im Hessischen Landtag 1958–1966
  1950–1958 hohe und höchste Funktionen in Vertriebenen-Organisationen auf Landes- und Bundesebene
- **Stein, H. (FDP)**
  Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der FDP im Hessischen Landtag 1968–1970
  Fraktionsvorsitzender der FDP im Hessischen Landtag 1970–1977
  Vizepräsident des Hessischen Landtags 1977–1978
- **Walter, F. (FDP)**
  MdB 1957–1969
- **Walt[h]er, J. (GB/BHE)**
  Stellvertretender Fraktionsvorsitzender des GB/BHE im Hessischen Landtag 1958–1962
  Vizepräsident des Hessischen Landtags 1962–1966
  1948–1966 Vorsitzender des Landesverbandes der Heimatvertriebenen in Hessen
  Stellvertretender Bundesvorsitzender des Bundes der vertriebenen Deutschen (BVD) 1949–1958
- **Wolf, H. (CDU)**
  Erster bzw. stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Richterbundes, Landesverband Hessen, 1954–1962
  Justizpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion 1962–1966
- **Woitschell, G. (NPD)**
  Stellvertretender Landesvorsitzender der NPD Hessen 1964–1969
  Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der NPD im Hessischen Landtag 1966–1969
- **Ziegler, W. (GB/BHE)**
  Staatskommissar für die Förderung der hessischen Notstandsgebiete und Zonengrenzkreise in der Hessischen Staatskanzlei 1953–1956
- **Zink, O. (CDU)**
  Stellvertretender Landesvorsitzender der CDU Hessen 1967–1992
  MdB 1965–1990

Im Biographischen Handbuch und im Biographischen Index des Hessischen Landtags wird zu Recht darauf verwiesen, dass viele Abgeordnete der Nachkriegszeit aus dem antifaschistischen Widerstand kamen und schärfste Verfolgungen durch das NS-Regime erlitten hatten. Stellvertretend seien hier angeführt der bereits erwähnte, aus der Zentrumspartei kommende Christdemokrat Werner Hilpert, der nahezu die ganze Kriegszeit über im KZ Buchenwald festgehalten wurde, der Kommunist jüdischer Herkunft Emil Carlebach, der nach fast zwölfjähriger Haft die Befreiung vom Faschismus im selben Konzentrationslager erlebte, sowie der Sozialdemokrat Max Bock, der nach siebenjähriger Emigration noch fünf Jahre in Zuchthäusern und Konzentrationslagern verbringen musste. Von den Liberalen ist in diesem Zusammenhang an Heinz Herbert Karry zu erinnern, der als „Halbjude" drangsaliert und zur Zwangsarbeit verpflichtet wurde.

Daneben gab es aber auch die andersartigen politischen Wurzeln jener Abgeordneten, die in den Jahren vor 1945 der NSDAP, der SA oder der SS angehört hatten. Mindestens 75 Landtagsabgeordnete, vornehmlich solche der bürgerlichen Parteien, sind nachweislich Mitglied der NSDAP gewesen. Es war die „bleierne Zeit" der 1950er Jahre, in der es auch im Hessischen Landtag zu einer Häufung vormaliger NSDAP-Mitglieder kam, deren starke Präsenz sich bis weit in die 1960er Jahre hinzog.

Die nachgewiesenen NSDAP-Mitgliedschaften sind nach den Umständen ihres Zustandekommens, nach dem Zeitpunkt des Parteieintritts, dem damaligen Lebensalter, der konkreten Tätigkeit und der späteren Verarbeitung unterschiedlich zu bewerten. Nach bisherigem Kenntnisstand, der durch weiterreichende Untersuchungen noch zu vertiefen ist[73], handelte es sich bei den vormaligen NSDAP-Mitgliedern innerhalb der SPD-Fraktion überwiegend um Mitläufer, Opportunisten und indoktrinierte Jugendliche. Für die CDU-Fraktion gilt das nur mit Einschränkungen, lassen sich in ihr doch schon auf Grundlage des bislang vorliegenden Materials auch schwerer belastete NS-Parteigänger ausmachen. Besonders stark waren vormalige NSDAP-Mitglieder, darunter schwer belastete Alt-Nazis, in den Fraktionen des BHE, der NPD und vor allem auch der FDP vertreten.

An die Stelle einer differenzierenden Betrachtungsweise zu den unterschiedlichen Hintergründen der NSDAP-Mitgliedschaften tritt in den offiziellen Werken des Hessischen Landtags eine weitgehende Ausblendung dieser „braunen Wurzeln". Das mag in Einzelfällen der schlichten Unkenntnis und einem mangelnden Erkenntnisinteresse der Bearbeiter geschuldet sein. Ursprünglicher war indes ein von übergeordneten Stellen gedecktes politisches Interesse am gezielten Verschweigen von NS-Vergangenheiten, wie das exemplarisch anhand des US-amerikanischen Umgangs mit den NSDAP-Mitgliedskarten von Alfred Dregger und Otto Zink (beide CDU) gezeigt wurde.

An die Seite fehlender Informationen zur NS-Vergangenheit treten in einer Reihe von Kurzbiographien offenbar „geschönte" Angaben zum Werdegang im „Dritten Reich". Im Ergebnis dieser Tendenzen wird in den offiziellen Landtagspublikationen ein einseitiges, die politischen Realitäten verschleierndes und verfälschendes Bild gezeichnet. Ähnliche Defizite weisen parteioffizielle Selbstdarstellungen von CDU und FDP auf.

Der auf die skizzierte Weise „nachträglich verordnete Antifaschismus" des Hessischen Landtags und seiner Fraktionen verdeckt den Blick darauf, in welchem Umfang, in welchen Parteien und mit welchen Ergebnissen Alt-Nazis Einfluss auf das gesellschaftliche Klima und die politischen Geschicke des Landes und des Bundes gewinnen konnten. Besonderer Aufklärungsbedarf besteht hier hinsichtlich der Rolle, die die hessische FDP samt ihrer Landtagsfraktion im Netzwerk ehemaliger Nazigrößen spielte, das als „Gauleiter-Verschwörung" oder „Naumann-Affäre" in die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland einging. Ähnlich wie die kürzlich vorgelegte Studie zur NS-Vergangenheit niedersächsischer Landtagsabgeordneter[74] hat auch die hier vorgestellte Untersuchung gezeigt, dass schwer belastete Alt-Nazis gerade in den Vertriebenenorganisationen ein politisches Betätigungsfeld fanden. Mit Blick auf künftige politische Auseinandersetzungen um die Ausgestaltung des in Berlin geplanten „Zentrums gegen Vertreibungen" sollte diesen Ergebnissen weiter nachgegangen werden.

Die „weißen Flecken" – oder „schwarzen Löcher" – der offiziellen Landtagspublikationen erschweren das Verständnis dafür, weshalb viele Bürger und Regierungsverantwortliche in den Nachbarstaaten die politische Entwicklung in der BRD mit Argwohn und Sorge verfolgten. Das Ausblenden der „braunen Wurzeln" nicht weniger hessischer Landtagsabgeordneter verstellt zugleich den Blick auf die Frage, welche politischen und ideologischen Schnittmengen es – bei allen Unterschieden! – zwischen Liberalismus und Konservatismus auf der einen und Faschismus auf der anderen Seite gab und gibt[75], – Schnittmengen, die einerseits dazu beitrugen, dass so viele Anhänger der bürgerlichen Parteien schon 1933 (oder noch früher) sang- und klanglos zu den Nazis überschwenkten, während andererseits nach der Zerschlagung des Faschismus viele alte Nazis ohne allzu große Brüche eine neue politische Heimat in CDU und FDP fanden. Eine Auseinandersetzung mit diesen Fragen erscheint angesichts der anhaltenden Krisen und des fortschreitenden Sozialabbaus besonders dringlich, weil in diesen Zeiten wachsender Verunsicherung gerade auch in der „Mitte der Gesellschaft" rassistische und sozialdarwinistische Tendenzen mit all ihren Gefahren wieder deutlicher zu Tage treten.

Ein Landtagsbeschluss zur Überarbeitung des Biographischen Handbuchs und des Biographischen Index' erscheint nicht nur wegen der aufgezeigten Mängel geboten. Die damit verbundenen Debatten könnten zum besseren Verständnis der deutschen Nachkriegsgeschichte beitragen und zugleich ein Zeichen gegen das Erstarken neofaschistischer Kräfte setzen.

*[73] Als weitere Quellen bieten sich berufliche Personalakten aus der NS-Zeit sowie spätere Entnazifizierungsakten an. Aufschlussreich könnten auch Nachforschungen zu dem in den Kurzbiographien oft nur beiläufig erwähnten „Wehr-" und „Kriegsdienst" sein.*

*[74] Vgl. Klausch, Hans-Peter: Braune Wurzeln – Alte Nazis in den niedersächsischen Landtagsfraktionen von CDU, FDP und DP, hg. von der Fraktion DIE LINKE im Niedersächsischen Landtag, Hannover o.J. [2008].*

*[75] Siehe dazu Elm, Ludwig: Der deutsche Konservatismus nach Auschwitz. Von Adenauer und Strauß zu Stoiber und Merkel, Köln 2007; Kühnl, Reinhard: Formen bürgerlicher Herrschaft. Liberalismus – Faschismus, Reinbek bei Hamburg 1990.*

# Informationen zum Autor

**Dr. Hans-Peter Klausch,** Jahrgang 1954, studierte an der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg Politikwissenschaft, Germanistik und Geschichte. Nach der Promotion (1987) führte er an der genannten Hochschule zwei Forschungsprojekte zur Geschichte des 2. Weltkrieges durch. Von 1996 bis 2000 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsprojekt „Quellen zur Geschichte und Kultur des Judentums im westlichen Niedersachsen“ im Niedersächsischen Staatsarchiv Oldenburg. Seitdem als freier Historiker tätig, hat Dr. Klausch bereits für DIE LINKE. Fraktion im Niedersächsischen Landtag eine Studie „Braune Wurzeln. Alte Nazis in den niedersächsischen Landtagsfraktionen von CDU, FDP und DP“ erarbeitet. Im vergangenen Jahr erschien in den „Veröffentlichungen der historischen Kommission für Hessen“ (Band 74) sein Beitrag „Die Sonderabteilungen, Strafeinheiten und Bewährungstruppen der Wehrmacht“.

**Letzte Veröffentlichung:**

Dr. Klausch, Hans-Peter: Die Sonderabteilungen, Strafeinheiten und Bewehrungstruppen der Wehrmacht, in: Kirschner, Albrecht (Hg.)(2010): Deserteure, Wehrkraftzersetzer und ihre Richter. Marburger Zwischenbilanz zur NS- Militärjustiz vor und nach 1945. Im Auftrag der Geschichtswerkstatt Marburg e.V., in der Reihe Veröffentlichungen der historischen Kommission für Hessen, Band 74, Marburg, S. 197 - 216

*Foto: DIE LINKE. Fraktion im Niedersächsischen Landtag*

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1 – 3
65183 Wiesbaden
Tel.: 0611-3506090
Fax: 0611-3506091
E-Mail: die-linke@ltg.hessen.de
Internet: www.linksfraktion-hessen.de

DIE LINKE.
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG